

FRANZ SCHNAUDER

Das Recht der  
Geschäftsbesorgung beim  
Vertrieb von Kapitalanlagen  
und Kreditvertragsprodukten

---

Mohr Siebeck

Franz Schnauder  
Das Recht der Geschäftsbesorgung  
beim Vertrieb von Kapitalanlagen  
und Kreditvertragsprodukten





Franz Schnauder

**Das Recht  
der Geschäftsbesorgung  
beim Vertrieb von  
Kapitalanlagen und  
Kreditvertragsprodukten**

Mohr Siebeck

*Franz Schnauder*, geboren 1952; Promotion (Heidelberg), wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent in Heidelberg und Trier; 1982 Eintritt in den Justizdienst des Landes Baden-Württemberg; 1987–1990 Dozent an der Fachhochschule für Rechtspflege, Schwetzingen; 1991–1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; seit 1995 Richter am Oberlandesgericht in Karlsruhe; Lehraufträge an der Universität Heidelberg; seit 2006 Dozent an der Dualen Hochschule in Mosbach.

ISBN 978-3-16-152621-3 / eISBN 978-3-16-163130-6 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel Garamond gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier gedruckt von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

Diese Arbeit ist aus der richterlichen Tätigkeit in einem Spezialsenat für Bankrecht entstanden und durch die Beschäftigung mit mehreren hundert Schadensersatzprozessen gegen eine große deutsche Bausparkasse angeregt worden.

Sie zeichnet den Stand und die Entwicklung der Rechtsprechung zur Aufklärungshaftung bei Anlage- und Kreditgeschäften nach, untersucht dabei insbesondere, wieso es überhaupt zu Klagewellen von solch außerordentlichem Ausmaß hat kommen können und macht hierfür eine insgesamt indolente Haltung des Bundesgerichtshofes gegenüber den betroffenen Verbrauchern verantwortlich. Freilich bleiben die Erörterungen bei dieser Bestandsaufnahme nicht stehen, sondern stellen dem Haftungskonzept der Rechtsprechung mit dem geschäftsbesorgungsrechtlichen Pflichtenkanon ein Gegenmodell entgegen, das über den Bereich der fehlgeschlagenen Immobilienfinanzierungen hinaus für sämtliche Bereiche des Vertriebs von Kapitalanlagen und Kreditvertragsprodukten einheitliche Maßstäbe liefert, die nicht nur zu systemgerechten, sondern vor allem zu gerechten und auch zu berechenbaren Ergebnissen führen.

Leitgedanke und Fundament der Ausarbeitung ist die Lehre von der Geschäftsbesorgung, die eine kategoriale Größe von allgemeiner Bedeutung im Schuldrecht darstellt. Das hierfür zentrale Merkmal der Geschäftsbesorgungsmacht und die hieraus folgenden Sorgfaltspflichten finden ihre innere Rechtfertigung im Willen von Geschäftsherrn und Geschäftsbesorger. In dem auf Privatautonomie gegründeten Zivilrechtssystem ist einem Pflichtenregime ex voluntate gegenüber haftungseröffnenden Sonderverbindungen ex lege stets der Vorzug zu geben.

Herrn Prof. Dr. Horst Ehmann bin ich zu großem Dank für vielfältige Anregungen und Verbesserungsvorschläge verpflichtet. Das Buch ist im wesentlichen auf dem Stand von Februar 2013.

Karlsruhe, im März 2013

Franz Schnauder



# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einleitung .....	1

## Erster Teil:

### Die Geschäftsbesorgung als Grundlage relativer Schutz- und Sorgfaltspflichten

Kapitel 1: Geschäftsbesorgung als allgemeines schuldrechtliches Strukturprinzip .....	7
I. Die Geschäftsbesorgungskontroverse .....	8
1. Aporetische Regelung des historischen Gesetzgebers .....	8
2. Korrektur der misslungenen Legalordnung .....	13
II. Die Systemrelevanz des Meinungsstreits .....	18
1. Das Dogma der Subordination .....	19
2. Das vertragsformübergreifende System der Geschäftsbesorgung ..	25
Kapitel 2: Das bewegliche System der Geschäftsbesorgung .....	29
I. Tatbestandsbereich und Typenbildung der Geschäftsbesorgung .....	30
1. Geschäftsbesorgungsmacht als Kernelement .....	31
2. Typenunterscheidung nach Fremdinteresse und Gegenstand der Geschäftsbesorgung .....	38
II. Informations- und Schutzpflichten als Korrelat der Geschäftsbesorgungsmacht .....	43
1. Der Kernbestand der Geschäftsbesorgungsrechtsfolgen .....	43
2. Sorgfalt und Haftung des Geschäftsbesorgers .....	46

## Zweiter Teil:

## Haftungsadressaten beim Vertrieb von Kapitalanlagen

Kapitel 3: Vertragliche Informationshaftung .....	55
I. Grundlegung der Informationspflichten .....	55
1. Einordnung der Vertragshaftung in das Schuldrechtssystem .....	57
2. Informationspflichten als Geschäftsbesorgungspflichten .....	71
3. Grenzen der beratungsvertraglichen Aufklärungspflicht .....	83
II. Aufklärungspflichtige Personen und ihre Verhandlungsgelhilfen .....	92
1. Die Person des Vertragsschuldners .....	93
2. Zurechnung von Pflichtverletzungen des Vertriebs .....	103
3. Haftung für arglistiges und strafbares Verhalten des Vermittlers .....	116
 Kapitel 4: Prospektbezogene Informationshaftung .....	 128
I. Einordnung der Prospekthaftung in das Schuldrechtssystem .....	129
1. Weiterentwicklung des Rechtsinstituts der culpa in contrahendo .....	129
2. Prospekthaftung als geschäftsbesorgungsrechtlicher Tatbestand .....	136
II. Gesetzliche Prospekthaftung .....	140
1. Gesetzgebung bis zur Neuordnung 2012 .....	141
2. Adressaten der Prospekthaftung .....	145
3. Anwendungsbereich der bürgerlichrechtlichen Prospekthaftung .....	152
III. Prospektbezogene Berufs- und Expertenhaftung .....	156
1. Prospektgutachter und sonstige Garanten .....	156
2. Treuhänder .....	168

## Dritter Teil:

## Kreditmarketing und Fremdinteressenwahrung

Kapitel 5: Das Haftungskonzept des Bundesgerichtshofes .....	183
I. Finanzierungsberatung .....	183
1. Rechtsgrundlagen der Informationspflichten des Kreditgebers .....	183
2. Konkretisierung der Schutzpflichten des Kreditgebers .....	189
II. Aufklärung über Verwendungs- und Anlagerisiken .....	195

1. Ausgangslage .....	195
2. Haftung für eigenes Aufklärungsverschulden .....	197
3. Haftung für fremdes Aufklärungsverschulden .....	209
III. Entwicklungslinien der Rechtsprechung .....	218
1. Gleichlauf von Einwendungsdurchgriff und Aufklärungspflicht ..	218
2. Lücken im Verbraucherschutz .....	229
 Kapitel 6: Restrukturierung der Verschuldenshaftung des Kreditgebers .....	 238
I. Reform der Verbundregeln für Immobiliarkredite .....	239
1. Reformwirrwarr um den Realkreditvertrag .....	239
2. Konsequenzen für die Aufklärung des Darlehensnehmers .....	242
II. Der Kreditgeber als Geschäftsbesorger .....	246
1. Kein Eigeninteresse der Bank an der Darlehensverwendung .....	247
2. Einflussnahme der Bank auf die Darlehensverwendung .....	251
3. Bestimmung des Darlehenverwendungszwecks durch die Bank ..	256
 Schlussbetrachtungen .....	 269
 Literaturverzeichnis .....	 273
 Entscheidungsregister .....	 281
 Stichwortverzeichnis .....	 287



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einleitung .....	1

## Erster Teil:

### Die Geschäftsbesorgung als Grundlage relativer Schutz- und Sorgfaltspflichten

Kapitel 1: Geschäftsbesorgung als allgemeines schuldrechtliches Strukturprinzip .....	7
I. Die Geschäftsbesorgungskontroverse .....	8
1. Aporetische Regelung des historischen Gesetzgebers .....	8
a) Römisch-rechtliche Wurzel des Abgrenzungsproblems .....	9
b) Gesetzgebungsverfahren .....	11
2. Korrektur der misslungenen Legalordnung .....	13
a) Geschäftsbesorgung als besonderer Vertragstypus (Trennungstheorie) ..	13
aa) Die Geschäftsbesorgungsformel .....	14
bb) Ergänzung durch die Lehre von der Subordination .....	15
b) Geschäftsbesorgung als allgemeiner Schuldrechtstypus (Einheitstheorie)	16
II. Die Systemrelevanz des Meinungsstreits .....	18
1. Das Dogma der Subordination .....	19
a) Theoretischer Überbau der Geschäftsbesorgungsformel .....	19
b) Theoriedefizite .....	21
aa) Vertragstypologische Sonderstellung der Geschäftsbesorgung .....	21
bb) Geschlossenheit des Systems .....	23
2. Das vertragsformübergreifende System der Geschäftsbesorgung ..	25
a) Einheitlicher Geschäftsbesorgungsbegriff .....	25
b) Die Geschäftsbesorgung im Schuldrechtssystem .....	26

Kapitel 2: Das bewegliche System der Geschäftsbesorgung .....	29
I. Tatbestandsbereich und Typenbildung der Geschäftsbesorgung .....	30
1. Geschäftsbesorgungsmacht als Kernelement .....	31
a) Rechtsgrundlagen der Geschäftsbesorgungsmacht .....	31
aa) Vertragliche Entstehungsgrundlage .....	31
(1) Fremdgeschäftsführung als Hauptpflicht .....	31
(2) Geschäftsbesorgung als (vertragliche) Nebenpflicht .....	32
bb) Geschäftsbesorgung im Stadium der Vertragsanbahnung .....	34
b) Inhalt der Machtbefugnis des Geschäftsbesorgers .....	36
2. Typenunterscheidung nach Fremdinteresse und Gegenstand der Geschäftsbesorgung .....	38
a) Fremdinteressenwahrung und Eigeninteresse an der Geschäftsbesorgung .....	38
b) Gegenstand und Dauer der Geschäftsbesorgung .....	40
II. Informations- und Schutzpflichten als Korrelat der Geschäftsbesorgungsmacht .....	43
1. Der Kernbestand der Geschäftsbesorgungsrechtsfolgen .....	43
a) Kompensation der Geschäftsbesorgungsmacht .....	44
b) Typische Informationspflichten aller Geschäftsbesorger .....	45
2. Sorgfalt und Haftung des Geschäftsbesorgers .....	46
a) Sorgfaltspflichtverletzung als allgemeines Haftungsprinzip .....	46
b) Konkretisierung der vertragsschlussbezogenen Informationspflichten ..	49

## Zweiter Teil:

### Haftungsadressaten beim Vertrieb von Kapitalanlagen

Kapitel 3: Vertragliche Informationshaftung .....	55
I. Grundlegung der Informationspflichten .....	55
1. Einordnung der Vertragshaftung in das Schuldrechtssystem .....	57
a) Aufklärungspflicht als vorvertragliche Schutzpflicht .....	57
aa) Leistungs- und Schutzpflichten .....	57
bb) Vertragliche Legitimation der Culpa-Haftung .....	59
cc) Vertragsschlussbezogene Informationspflichten .....	62
b) Fiktion eines Verpflichtungsvertrages .....	65
aa) Fingierter Verpflichtungswille .....	65
bb) Fingierter Pflichteninhalt des Beratungsvertrages .....	69

2. Informationspflichten als Geschäftsbesorgungspflichten .....	71
a) Geschäftsbesorgungsrechtliche Interessenwahrungspflichten .....	72
aa) Einwirkung auf fremden Rechtskreis .....	72
bb) Reale Geschäftsbesorgung .....	74
b) Anlageberatung und Anlagevermittlung .....	76
aa) Pflichtenstellung des Anlagevermittlers .....	77
bb) Informationsverantwortlichkeit des Anlageberaters .....	79
3. Grenzen der beratungsvertraglichen Aufklärungspflicht .....	83
a) Aufklärungsfreies Eigeninteresse der Bank als Verkäuferin .....	83
aa) Geschäftsbesorgungsrechtlicher Maßstab .....	83
bb) Billigkeitsjudikatur .....	85
(1) Beratungsvertraglicher Interessenkonflikt .....	86
(2) Schwerwiegender Interessenkonflikt .....	87
b) Geschäftsbesorgungspflichten der Bank als Kommissionärin .....	88
aa) Beratungsvertragliche Pflichten .....	89
bb) Kommissionsrechtliche Geschäftsbesorgungspflichten .....	90
II. Aufklärungspflichtige Personen und ihre Verhandlungshelfen ....	92
1. Die Person des Vertragsschuldners .....	93
a) Einschaltung von Handelsvertretern und Untervermittlern .....	93
aa) Regelfall: Vertreterhandeln des Vermittlers .....	94
(1) Unternehmensbezogenes Geschäft .....	94
(2) Rechtsverhältnisse bei Strukturvertrieben .....	95
bb) Ausnahme: Eigenhandeln des Vermittlers .....	96
(1) Auslegungsregel des § 164 Abs. 2 BGB .....	96
(2) Bestellung von neutralen Finanzberatern .....	97
cc) Sonderfall: Undurchsichtiges Beratungsverhältnis .....	97
b) Sonderrechtsprechung beim Vertrieb von Immobilienanlagen .....	98
aa) Beratungsvertrag zwischen Kapitalanleger und Verkäufer .....	99
bb) Konflikt mit der Vermittlerhaftung .....	101
2. Zurechnung von Pflichtverletzungen des Vertriebs .....	103
a) Haftungskonzept der Rechtsprechung .....	103
aa) Beratungshaftung des Anlagevermittlers .....	104
bb) Beratungshaftung des Geschäftsherrn .....	106
(1) Gründungsgesellschafter von Publikumsgesellschaften .....	106
(2) Bausparkassen als Kreditgeber .....	108
(3) Lebensversicherer als Haftungsadressaten .....	108
b) Lösungswege .....	109
aa) Kumulierung der Beratungsverträge .....	110
bb) Vertrauenshaftung gemäß § 311 Abs. 3 BGB .....	112
cc) Geschäftsbesorgungsrechtliche Pflichtenkongruenz .....	113

3. Haftung für arglistiges und strafbares Verhalten des Vermittlers .	116
a) Zurechnung zum Erklärungsempfänger – § 123 Abs. 2 oder § 278 BGB?	117
aa) Legislatorisches Regelungsdefizit . . . . .	117
bb) Billigkeitsjurisprudenz als Antwort . . . . .	119
(1) Vertragsanfechtung wegen arglistiger Täuschung . . . . .	119
(2) Der Vermittler als Dritter oder als Erfüllungsgehilfe . . . . .	120
(3) Zurechnung der Haustürsituation . . . . .	121
b) Zurechnung zum Vertriebsunternehmen . . . . .	122
aa) Offengelegtes Eigengeschäft des Vermittlers . . . . .	122
bb) Rechtscheinhaftung des Vermittlungsunternehmens . . . . .	124
cc) Zurechnung von „nachvertraglichem Verschulden“ . . . . .	125
 Kapitel 4: Prospektbezogene Informationshaftung . . . . .	 128
I. Einordnung der Prospekthaftung in das Schuldrechtssystem . . . . .	129
1. Weiterentwicklung des Rechtsinstituts der culpa in contrahendo .	129
a) Vertrauensrechtliche Grundlegung durch die Rechtsprechung . . . . .	130
aa) Ausgangspunkt: Kapitalmarktspezifisches Gesellschaftsrecht . . . . .	130
bb) Verselbstständigung der Rechtsfigur der Prospekthaftung . . . . .	132
b) Kritik im Schrifttum . . . . .	133
aa) Vertrauen als untaugliche Kategorie . . . . .	134
bb) Deliktsrechtlicher Gegenentwurf . . . . .	135
2. Prospekthaftung als geschäftsbesorgungsrechtlicher Tatbestand . .	136
a) Prospektherausgeber als Geschäftsbesorger . . . . .	136
b) Haftung der dahinter stehenden Urheber . . . . .	139
II. Gesetzliche Prospekthaftung . . . . .	140
1. Gesetzgebung bis zur Neuordnung 2012 . . . . .	141
a) Historisch gewachsene Haftungsordnung . . . . .	141
b) Geltendes Haftungskonzept . . . . .	143
2. Adressaten der Prospekthaftung . . . . .	145
a) Haftung für fehlerhaften Prospekt . . . . .	145
aa) Wertpapiere . . . . .	145
bb) Sonstige Kapitalanlagen . . . . .	148
b) Haftung für fehlenden Prospekt . . . . .	148
aa) Fehlender Börsenzulassungsprospekt . . . . .	148
bb) Fehlender Verkaufsprospekt . . . . .	149
c) Haftung für fehlerhaftes Vermögensanlagen- Informationsblatt . . . . .	151
3. Anwendungsbereich der bürgerlichrechtlichen Prospekthaftung .	152
a) Haftung für Prospektinformationen . . . . .	152
b) Haftung für sonstige Vertriebsangaben . . . . .	155

III. Prospektbezogene Berufs- und Expertenhaftung .....	156
1. Prospektgutachter und sonstige Garanten .....	156
a) Prospekthaftungsanspruch .....	157
aa) Übernahme der Gesamtprospektverantwortung .....	157
bb) Partielle Garantenhaftung .....	160
b) Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter .....	162
aa) Schutzbedürftigkeit der Anleger .....	162
bb) Kausalität und Einbeziehung in die vertragliche Schutzpflicht .....	166
2. Treuhänder .....	168
a) Treuhandkommanditist .....	168
aa) Prospekthaftung .....	169
bb) Haftung des Geschäftsführers der Treuhandgesellschaft .....	171
b) Treuhandkontoführer .....	173
c) Mittelverwendungskontrolleur .....	175
aa) Geschäftsbesorgungsvertrag mit den Anlegern .....	176
bb) Geschäftsbesorgungsvertrag zu Gunsten der Anleger .....	177

### Dritter Teil:

## Kreditmarketing und Fremdinteressenwahrung

Kapitel 5: Das Haftungskonzept des Bundesgerichtshofes .....	183
I. Finanzierungsberatung .....	183
1. Rechtsgrundlagen der Informationspflichten des Kreditgebers ...	183
a) Der kundengerechte Kredit .....	184
b) Wohlverhaltenspflichten aufgrund von Treu und Glauben .....	187
2. Konkretisierung der Schutzpflichten des Kreditgebers .....	189
a) Prüfung der Bonität des Kreditnehmers .....	189
b) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	192
II. Aufklärung über Verwendungs- und Anlagerisiken .....	195
1. Ausgangslage .....	195
2. Haftung für eigenes Aufklärungsverschulden .....	197
a) Typologische Fixierung der Aufklärungspflicht .....	198
aa) Überschreiten der Kreditgeberrolle .....	198
bb) Schaffung oder Begünstigung eines besonderen Gefährdungstatbestandes .....	199
cc) Verwicklung in schwerwiegende Interessenkonflikte .....	200
dd) Erkennbarer Wissensvorsprung .....	201
b) Vermuteter Wissensvorsprung bei institutionalisierter Zusammenarbeit	203
aa) Anlass und Begründung der Rechtsprechungsergänzung .....	204
bb) Praktische Bedeutung .....	205

3. Haftung für fremdes Aufklärungsverschulden .....	209
a) Grundsatz der getrennten Pflichtenkreise .....	209
b) Ausnahme für verbundene Geschäfte .....	211
aa) Einwendungsdurchgriff .....	211
bb) Anfechtung des Darlehensvertrages .....	213
cc) Schadensersatzanspruch .....	215
c) Rechtsfolgen nach dem Zufallsprinzip .....	216
III. Entwicklungslinien der Rechtsprechung .....	218
1. Gleichlauf von Einwendungsdurchgriff und Aufklärungspflicht ..	218
a) Schutzbedürftigkeit des Kreditnehmers .....	219
aa) Finanzierter Abzahlungskauf (B-Geschäft) .....	219
bb) Finanzierte Geschäfte anderer Art (Verbundgeschäfte) .....	221
(1) Analoge Anwendung des Schutzkonzepts .....	221
(2) Kasuistik .....	223
b) Rollenüberschreitung des Kreditgebers .....	225
aa) Modifikation des Schutzkonzepts bei Immobilienanlagen .....	225
bb) Typologische Fixierung der Aufklärungspflichten im Viererkanon .	227
2. Lücken im Verbraucherschutz .....	229
a) Die erste Reform des Verbraucherkreditrechts .....	229
b) Die Sperre des § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG .....	232
c) Exkurs: Schadensersatz bei unterlassener Widerrufsbelehrung .....	235
 Kapitel 6: Restrukturierung der Verschuldenshaftung des Kreditgebers .....	 238
I. Reform der Verbundregeln für Immobiliarkredite .....	239
1. Reformwirrwarr um den Realkreditvertrag .....	239
a) Gesetzgebungsverfahren .....	239
b) Verbundene Grundstücksgeschäfte .....	240
2. Konsequenzen für die Aufklärung des Darlehensnehmers .....	242
a) Verbraucherschutz nach Maßgabe des Viererkanons .....	242
b) Effektiver Verbraucherschutz .....	244
II. Der Kreditgeber als Geschäftsbesorger .....	246
1. Kein Eigeninteresse der Bank an der Darlehensverwendung .....	247
a) Verfolgung eigener Geschäftsinteressen .....	248
b) Minimum an Fremdinteressenwahrung .....	249
2. Einflussnahme der Bank auf die Darlehensverwendung .....	251
a) Pflicht zur Wahrung des Kundeninteresses .....	253
b) Beispielsfälle .....	253

3. Bestimmung des Darlehenverwendungszwecks durch die Bank ..	256
a) Pflichtenkreis der Finanzierungsbank .....	257
b) Haftungsrechtliche Konsequenzen .....	259
aa) Aussichtslose Kapitalanlage .....	260
bb) Täuschung über wertbildende Faktoren .....	261
cc) Innenprovisionen und andere weiche Kosten .....	264
(1) Haftungsfreistellung bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit ? ....	264
(2) Vereitelung des Anlagezwecks .....	267
Schlussbetrachtungen .....	269
Literaturverzeichnis .....	273
Entscheidungsregister .....	281
Stichwortverzeichnis .....	287



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AbzG	Abzahlungsgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
a.E.	Am Ende
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIF	Alternative(r) Investmentfonds
AIFM	Alternative(r) Investmentfonds Manager
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
AnFuG	Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AuslInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investemntanteile
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (Amtliche Sammlung)
BB	Zeitschrift Betriebs-Berater
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Amtliche Sammlung)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
DB	Zeitschrift Der Betrieb
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
DRiZ	Deutsche Richterzeitung

EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
Entw.	Entwurf
etc.	und weitere
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EWIR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f./ff.	(fort)folgend(e)
FFG	Finanzmarktförderungsgesetz
Fn.	Fußnote
FRUG	Finanzmarkt-Richtlinie Umsetzungsgesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GS	Großer Senat
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HWiG	Haustürwiderrufsgesetz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im eigentlichen (engeren) Sinn
i.Gr.	in Gründung
InsO	Insolvenzordnung
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
jurisPR-BKR	Juris PraxisReport Bank- und Kapitalmarktrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Zeitschrift Juristenzeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft, Kammergericht
Kom	Kommission bzw. Mitteilung der EU

KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LG	Landgericht
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MiFiD	Market in Financial Instruments Directive (Finanzmarktrichtlinie)
n.F.	neue Fassung
NJW	Zeitschrift Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift - Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OLG	Oberlandesgericht
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Amtliche Sammlung)
RiL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz bzw. Seite
sc.	nämlich, gemeint ist
sog.	sogenannte(r)
StGB	Strafgesetzbuch
std.	Rspr. ständige Rechtsprechung
str.	streitig
TVG	Tarifvertragsgesetz
u.a.	und andere bzw. unter anderem(n)
u.a.m.	und andere(s) mehr
u.ä.	und ähnliche
Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerkProspG	Verkaufprospektgesetz
vgl.	vergleiche
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z.B.	zum Beispiel

ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (und Insolvenzpraxis)
z.T.	zum Teil

## Einleitung

Es ist eine längst erkannte und vielfach kommentierte Realität, dass mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft auch die Rechtswissenschaft in besonderem Umfang vor neue Herausforderungen gestellt wird. In welchem Ausmaß dies vonstatten geht, zeigt der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, der ständig steigt und im Jahr 2011 rund 70 % (Angabe des Statistischen Bundesamtes) betrug. In anderen Ländern wie beispielsweise Hongkong und Luxemburg reicht der Anteil fast bis an 90 %. Einen bedeutsamen Teil hierzu steuert der permanent wachsende Finanz- und Kapitalmarkt bei. 1

Mit dieser Entwicklung muss die Lehre von der Geschäftsbesorgung mithalten und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel mitvollziehen. Die den Kategorien der Sachleistungen und der Verschaffungsverträge verpflichteten Theorien aus dem 19. Jahrhundert sowie die hierauf aufbauenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches genügen den Anforderungen des modernen Schuldrechts nicht. Unter den geänderten Rahmenbedingungen gewinnt das Geschäftsbesorgungsrecht immer mehr an Gewicht. Die heutige Rechtswirklichkeit wird vom Vertragsregime der entgeltlichen Geschäftsbesorgungen dominiert. 2

Im Gefolge dieser grundlegenden Änderungen ist festzustellen, dass sich die Schutzpflichtenproblematik im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen verschoben hat. Im Mittelpunkt des Integritätsinteresses steht nicht mehr allein der Schutz der realen Wirtschaftsgüter, sondern zunehmend der Schutz der Rechts- und Vermögensinteressen durch Information der Dienstleistungsberechtigten. Von der Lehre von der Geschäftsbesorgung wird nichts Geringeres erwartet, als dass sie die Grundlagen für die in diesem Bereich für erforderlich gehaltenen Verkehrspflichten, insbesondere die Informationspflichten liefert und das Instrumentarium für die Aufklärungshaftung der Geschäftsbesorger bereitstellt. 3

Diese Aufgabe an das Recht stellt sich insbesondere auf dem hier in Rede stehenden speziellen Dienstleistungsmarkt, wo die Anlagekapital Suchenden und die an Kapitalanlagen Interessierten zusammengeführt und zum Teil enorme Provisionen verdient werden. Die Anlageemittenten, ihre Helfer und Helfershelfer nehmen ihre Informationspflichten häufig nur unzureichend wahr, wenn sie darauf verweisen, dem Anleger werde bei entsprechendem Steuersatz sein 4

Investment überwiegend oder sogar ganz vom Steuerzahler zurückerstattet, oder wenn sie dem Erwerber der Anlage vorrechnen, dass er in jedem Fall wegen der (steigenden) Mieteinnahmen und der Wertsteigerung des Objekts eine sichere Rendite für die Altersvorsorge erwirtschaften werde. Bei solchen Auspizien geraten die Anlagerisiken gern in den Hintergrund. Sie werden nicht selten durch geschickte Formulierungen in den Prospekten oder im Verkaufsgespräch verschleiert oder bagatellisiert.

- 5 Verwirklicht sich dann ein Anlagerisiko, kommen sämtliche im Vorfeld und bei Abschluss des Anlagegeschäfts tätigen Dienstleister als Haftungsadressaten in Betracht. Die Vermarktung von Kapitalanlagen und von entsprechendem Finanzierungskapital unterliegt durchgängig von der Anbahnung bis zur Abwicklung geschäftsbesorgungsrechtlichen Regeln. Die Anlageemittenten, Prospektherausgeber, Prospektverantwortlichen, Anlagevermittler, Anlageberater, also die potentiellen Adressaten der Aufklärungshaftung, sind ohne Ausnahme als Geschäftsbesorger tätig und schulden daher vorrangig die Wahrung und Förderung der Anlegerinteressen, dürfen also die eigenen Profitinteressen nicht über das fremde Interesse ihrer Kunden stellen, zu dessen Wahrnehmung sie verpflichtet sind.
- 6 Die Grundlagen der Informationspflicht und der (*vertraglichen und prospektbezogenen*) *Informationshaftung* dieser Personen werden im *Zweiten Teil* dieser Abhandlung dargestellt. Das von der Rechtsprechung auf dem Gebiet der Haftung für Anleger- und Kapitalmarktinformationen zugrunde gelegte System der Vertrags- und Vertrauenshaftung ist auf seine zivilrechtliche Folgerichtigkeit und Tragfähigkeit zu untersuchen. Dabei kommen sowohl die Konstruktion eines ubiquitären Anlagevermittlungs- und Beratungsvertrages als auch der omniprésente Rückgriff auf objektiv verstandene Interessen- und Vertrauensgesichtspunkte auf den Prüfstand. An Stelle dieses Haftungsmodells soll die rechtliche Legitimation der Aufklärungspflichten der Haftungsadressaten anhand geschäftsbesorgungsrechtlicher Prinzipien entwickelt werden.
- 7 Nicht selten tritt als weiterer Akteur die das Investment finanzierende Bank hinzu, die von enttäuschten Anlegern für das Fehlschlagen der Kapitalanlage mit der Begründung haftbar gemacht wird, sie habe ihrerseits gegen geschäftsbesorgungsrechtliche Interessenwahrungspflichten als Kreditgeberin verstoßen. Ein solcher Vorwurf war bis vor kurzem wegen der restriktiven Rechtsprechungsgrundsätze zur Bankenhaftung nur ausnahmsweise erfolgreich. Im Zuge der europäischen Rechtsvereinheitlichung, die auf eine Verpflichtung des Kreditgebers zielt, bei Vergabe von Verbraucherkrediten „im besten Interesse des Verbrauchers“ zu handeln, befindet sich das Kreditgeschäft allerdings in einem Prozess des Paradigmenwechsels hin zu einem dezidiert geschäftsbesorgungsrechtlichen Pflichtenregime. Um den Vertrieb von Kreditvertragsprodukten und hierbei entstehende Sorgfaltspflichten des Kreditinstituts als professio-

neller Besorger von Vermögensinteressen seiner Kunden, also um den *Kreditgeber als Geschäftsbesorger*, geht es im *Dritten Teil*.

Die Arbeit will zweierlei. Zum einen sollen der (teilweise unzulängliche und kritikwürdige) Stand und die Entwicklung der Aufklärungsrechtsprechung dargestellt und nachgezeichnet werden. Bei dieser Befunderhebung bleiben die Ausführungen jedoch nicht stehen. Vielmehr besteht das Hauptanliegen darin, die vertragsschlussbezogenen Informationspflichten einheitlich auf eine geschäftsbesorgungsrechtliche Grundlage zu stellen. Das setzt allerdings den Nachweis voraus, dass die *Geschäftsbesorgung als allgemeines schuldrechtliches Strukturelement* begriffen und der Vertrieb von Finanz- und Kapitalmarktprodukten den gesetzlichen Auftragsrechtsfolgen unterstellt werden kann. Diese allgemeine Grundlegung der Informationshaftung soll der *Erste Teil* leisten, in welchem die Informationspflichten als Korrelat der Geschäftsführungsmacht des Verhandlungspartners im Vorfeld des Anlagegeschäfts begriffen werden. Dabei kann auf Vorleistungen in der Rechtswissenschaft zurückgegriffen werden, die in Auseinandersetzung mit der entgegenstehenden Meinung vorgestellt werden, soweit das für die weitere Untersuchung notwendig erscheint.



## Die Geschäftsbesorgung als Grundlage relativer Schutz- und Sorgfaltspflichten

Die rasante Entwicklung des Kapitalmarktrechts stellt mit den Fragen nach den 9  
Aufklärungspflichten der Marktakteure das Recht der Geschäftsbesorgung auf  
den Prüfstand. In der über die Rechtsunterworfenen unaufhörlich hereinbre-  
chenden Flut von europäischen Rechtssetzungen und nationalen Umsetzungs-  
normen gilt es daher, sich der rechtlichen Grundlagen der Geschäftsbesorgung  
zu vergewissern.

Mit dem Geschäftsbesorgungsrecht ist es jedoch nicht zum Besten bestellt. 10  
Es bietet dem Rechtsanwender kein festes Fundament für die Beurteilung der  
vielfältigen Fragen, die von der Dienstleistungsgesellschaft an das Recht ge-  
stellt werden. Der Grund hierfür ist in der Legalordnung selbst zu suchen. Der  
BGB-Gesetzgeber hat die Geschäftsbesorgung in ihrer Relevanz für die mo-  
derne Vertragsentwicklung verkannt und im Schuldrechtsbuch des BGB mit der  
Überschrift „Zehnter Titel. Auftrag und ähnliche Verträge“, also im Kontext  
des (praktisch bedeutungslosen) unentgeltlichen Auftrags geradezu versteckt.  
Es verwundert daher nicht, dass es hinsichtlich der deplatzierten und damit  
auch ihrer materiellen Bedeutung deprivierten Regelung der §§ 662 ff. BGB, ins-  
besondere was ihr Verhältnis zu der entgeltlichen Geschäftsbesorgung (§ 675  
BGB) angeht, seit Inkrafttreten des Gesetzes in Rechtsprechung und Rechts-  
wissenschaft nicht zu einem Konsens gekommen ist. Vielmehr besteht die so ge-  
nannte Geschäftsbesorgungskontroverse, deren rechtshistorische Wurzeln weit  
in das Gemeine Recht zurückreichen, bis heute fort.

Obwohl Geschäftsbesorgungsverträge in der modernen Dienstleistungsge- 11  
sellschaft eine zentrale Rolle spielen, hat auch die Schuldrechtsmodernisierung  
2002 das allgemein als unzulänglich empfundene Konzept des historischen Ge-  
setzgebers nicht reformiert<sup>1</sup>. Das Regelwerk des BGB kennzeichnet weitge-  
hende Regelungsabstinz des Gesetzgebers, dessen Unentschlossenheit und  
Indifferenz die Rechtswissenschaft durch unterschiedliche Lösungsansätze und  
Systementwürfe zu überwinden versucht. In Kapitel 1 wird zur Behebung des

---

<sup>1</sup> Die (moderaten) Reformvorschläge von *Musielak*, Gutachten, S. 1209, 1310 ff. hat der Reformgesetzgeber nicht umgesetzt; das bedauert *Martinek*, in: Festschrift Musielak, S. 355, 356 ff., der zu Recht ein klärendes Wort des Gesetzgebers zur systematischen Stellung des entgeltlichen Geschäftsbesorgungsvertrages vermisst.

legislatorischen Defizits ein Modell vorgeschlagen, bei dem die Geschäftsbesorgung als vertragsübergreifendes Strukturprinzip des allgemeinen Schuldrechts fungiert. Dabei ist im Hinblick auf § 675 Abs. 1 BGB festzustellen, dass es keinen Vertragstyp der entgeltlichen Geschäftsbesorgung, sondern nur den Typus der Geschäftsbesorgung als solchen gibt. Die charakteristischen Typenmerkmale haben je nach ihrer Kombination und Skalierung Bedeutung für die Rechtsfolgen der Geschäftsbesorgung. Sie bestimmen insbesondere über das Maß der vom Geschäftsbesorger zu beobachtenden Sorgfalt. Die Verknüpfung von Tatbestandsbereich und Rechtsfolgenablauf der Geschäftsbesorgung wird im Kapitel 2 behandelt.

## Kapitel 1:

# Geschäftsbesorgung als allgemeines schuldrechtliches Strukturprinzip

In dem Streit über die Rechtsfrage, wie das Verhältnis zwischen Auftrags-, Geschäftsbesorgungs-, Dienst- und Werkvertragsrecht zu lösen ist, hat sich, wie erwähnt, eine *communis opinio doctorum* nicht herausgebildet. Allerdings will der Mainstream in der zivilistischen Kommentarliteratur die auftragsrechtlichen Verhaltenspflichten der §§ 665 ff. BGB nicht als allgemein gültige Rechtskategorien anerkennen, sondern neben dem praktisch bedeutungslosen Auftrag einem speziellen Geschäftsbesorgungsvertrag vorbehalten, dessen Voraussetzungen zwar nicht im Gesetz (§ 675 BGB) zu finden, aber im Zusammenwirken von zivilrechtlicher Literatur und Judikatur schon relativ bald nach dem Inkrafttreten des BGB festgelegt worden sind. 12

Indessen sind die Zweifel nie verstummt, ob man tatsächlich das wahre Wesen des entgeltlichen Auftrags in Abgrenzung vom unentgeltlichen Auftrag durch den Gegenstand der Tätigkeit bestimmen kann. Der Meinungsstreit bezüglich dieser Abgrenzungsfrage betrifft, was allerdings erstaunlicher Weise noch zu keinem Verfahren nach dem Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes geführt hat, insbesondere die Höchstgerichte der ordentlichen und der Arbeitsgerichtsbarkeit. Während das Bundesarbeitsgericht die Regelungen der §§ 665 ff. BGB als allgemeines Schutzpflichtprogramm versteht, das die Rechtsstellung der Arbeitsvertragsparteien unmittelbar beeinflusst, lehnt der Bundesgerichtshof die Anwendung der geschäftsbesorgungsrechtlichen Verhaltenspflichten außerhalb des von ihm definierten Spezialtatbestandes der Geschäftsbesorgung i.S. von § 675 Abs. 1 BGB ab und sucht stattdessen die Lösung in objektiven Gesichtspunkten des Interessen- und Vertrauensschutzes, die auf den Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB) zurückgehen. Die ungelöste Kontroverse könnte auf sich beruhen, wenn es sich dabei lediglich um unterschiedliche Methoden der Rechtsgewinnung handelte. Die beiden Standpunkte verweisen aber weit darüber hinaus auf die Ebene der Rechtstheorie. Im Kern geht es darum, ob das Recht als rechtlich geschützte Willensmacht der Parteien (dafür stehen z.B. Windscheid, Krefß) oder als Schutzinstrument von Parteiinteressen (so z.B. v. Jhering, Heck) aufzufassen ist. An diesem entscheidenden Punkt scheiden sich die Geister. 13

- 14 Die grundsätzliche Frage an den Rechtsanwender nach Selbst- oder Fremdbestimmung der Parteien des Schuldrechtsverhältnisses wird hier dahin beantwortet, dass der (tatsächliche oder mutmaßliche) Parteiwille die Legitimationsbasis der Schutz- und Sorgfaltspflichten bildet. Die folgende Untersuchung stellt die Geschäftsbesorgung als allgemeines schuldrechtliches Strukturprinzip auf dem Boden der Parteiautonomie in den Mittelpunkt. Der gedankliche Ausgangspunkt besteht in der Erkenntnis, dass die geschäftsbesorgungsrechtlichen Regeln nach dem jeweils maßgeblichen Willen der Parteien sowohl auf jeden Vertrag als auch auf jedes rechtserhebliche Handeln ohne Rücksicht auf die Existenz einer vertraglichen Grundlage anwendbar sind. Auf diese Weise erscheinen die auftragsrechtlichen Informationspflichten des BGB als das, was sie tatsächlich sind, nämlich ein allgemeiner Verhaltenskodex für alle Geschäftsbesorger.

### *I. Die Geschäftsbesorgungskontroverse*

- 15 Die unter der Geltung des Gemeinen Rechts bestehenden Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Inhalt und der Reichweite des Rechts der Geschäftsbesorgung und der unklaren Trennungslinie zum Mandat waren dem BGB-Gesetzgeber bewusst. Er ist seiner Aufgabenstellung allerdings nicht befriedigend nachgekommen, insbesondere hat er die bestehenden Unzulänglichkeiten nicht auszuräumen vermocht, sondern das Abgrenzungsproblem schließlich zur Klärung an die Rechtswissenschaft überwiesen (1.). Diese Unentschlossenheit des Gesetzgebers entfachte den Streit um die Geschäftsbesorgung erst recht. Dabei standen und stehen sich zwei Grundpositionen gegenüber: die Einheitstheorie und die Trennungstheorie (2.).

#### 1. Aporetische Regelung des historischen Gesetzgebers

- 16 Der Gesetzgeber hat die von ihm vorgefundene Rechtslage (a) nicht zukunftsweisend gestaltet, sondern die maßgebliche Frage der Abgrenzung von Geschäftsbesorgung und Dienstvertrag unentschieden gelassen. Er konnte sich von den tradierten Vorstellungen des Gemeinen Rechts letztlich nicht lösen und fand nicht den Mut, den bereits seinerzeit notwendigen Schritt vom unentgeltlichen Mandat zur entgeltlichen Geschäftsbesorgung konsequent zu vollziehen (b).

## a) Römisch-rechtliche Wurzel des Abgrenzungsproblems

Schon im Gemeinen Recht wurde darüber gestritten, wie sich das honorierte Mandat vom Dienst- und Werkvertrag unterscheidet. Die Wurzel der streitigen Abgrenzungsfrage reicht ins römische Recht zurück<sup>2</sup>. 17

Im römischen Recht bestand die Auffassung, dass die Unentgeltlichkeit das Wesen des Auftrages (*mandatum*) ausmache. Von Paulus ist das Fragment Dig. 17.1.1.4 überliefert: *mandatum nisi gratuitum nullum; nam originem ex officio atque amicitia trahit*. Die Digestenstelle spiegelt das sozial-ethische Prinzip der Übernahme von „höheren Diensten“, wie sie z.B. eine ärztliche Leistung oder ein Rechtsgutachten (*responsum de iure*) darstellen, als selbstverständlichen Freundschaftsdienst unter den Mitgliedern der höheren Stände. Die soziale Norm entsprach ursprünglich einer Standespflicht des Senatsadels. Denn den *principes civitatis* war traditionell jede Erwerbstätigkeit verschlossen und die unentgeltliche Wahrnehmung öffentlicher Interessen Pflicht. Cicero (*de orat.* 3, 33, 133) berichtet über die Tätigkeit der *iuris consulti*, wie sie über das Forum wandelnd oder zuhause auf einem besonderen Hochstuhl (*solium*) sitzend auf Bitten der *patres* zu allen Fragen des Lebens ihre Ratschläge erteilten. Die öffentliche und unentgeltliche Praxis der Konsultation erfolgte ausschließlich zur Mehrung des eigenen Ansehens (*ad honorem*). Sie verschaffte dem vornehmen Römer Sozialprestige, Ruhm und Einfluss in den maßgeblichen Gesellschaftskreisen und legte so die Basis für seine politische Laufbahn<sup>3</sup>. 18

An anderer Stelle<sup>4</sup> beklagt Cicero die großen sozialen Umwälzungen, die im letzten Jahrhundert der Republik alle Ehrenstellen und Stufen der sozialen Rangordnung erfasst und nach seinem Urteil zum Verlust des (alten patrizischen) Glanzes geführt hatten. Mit diesem Wandel der Standesanschauungen hängt zusammen, dass es allmählich einer allgemeinen Übung entsprach, wenn der für einen Ehrendienst im Wege des *mandatum* in Anspruch Genommene einen ihm freiwillig angebotenen Ehrensold (*honorarium*) annahm. In der Kaiserzeit setzte sich dann offenbar im Zuge der entgeltlichen Unterrichtstätigkeit der griechischen Lehrer die Vorstellung durch, dass der Beauftragte einen Anspruch auf Zahlung des vereinbarten Honorars habe<sup>5</sup>. 19

Demgegenüber waren in Rom zu allen Zeiten die „*Dienste niedriger Art*“ der entgeltlichen *locatio conductio operis* (Werkvertrag) bzw. *operarum* (Dienstvertrag) unterstellt. Der Arbeitsvertrag hatte freilich in der Antike nur eine geringe Bedeutung. Die große Masse der Arbeitskräfte bestand aus Sklaven, für deren Tätigkeit der Mietvertrag zuständig war (*locatio conductio rei*). Nach 20

<sup>2</sup> Ausführlich dazu *Martinek*, in: Staudinger, vor § 662 Rn. 3 f.; *Ehmann*, in: Erman, 12. Aufl., vor § 662 Rn. 19.

<sup>3</sup> *Schulz*, Prinzipien des römischen Rechts, S. 125.

<sup>4</sup> *Cic. de off.* 2, 65.

<sup>5</sup> *Jörs/Kunkel/Wenger*, Römisches PrivatR, § 139 1c, S. 225.

Auffassung der römischen Juristen war es bei den entgeltlichen Miet-, Dienst- und Werkverträgen ebenso wie beim Geldkauf erlaubt, also rechtens, den Vertragspartner zu übervorteilen (umgehen). Als Gewährsmann hierfür ist wiederum Paulus anzuführen, von dem in Dig. 19.2.22.3 der Rechtssatz auf uns gekommen ist: „Quemadmodum in emendo et vendendo naturaliter concessum est quod pluris sit minoris emere, quod pluris sit minoris vendere et ita invicem se circumscribere, ita in locationibus quoque et conductionibus iuris est“<sup>6</sup>.

- 21 Für die klassischen Juristen ist es selbstverständlich, dass Vertragsparteien einander übervorteilen wollen – und dürfen<sup>7</sup>. Dieses Grundverständnis ist zur Parömie des „naturaliter licet se invicem circumscribere“ geworden. Während also die entgeltlichen Verträge vom Prinzip der Eigeninteressenverfolgung beherrscht waren, galt bei dem unentgeltlichen Mandat der gegenteilige Grundsatz. Hier verbot die bei der Geschäftsbesorgung bestehende Pflicht, das Interesse des Mandanten (Klienten) zu besorgen, von vornherein dem Mandatar, sein Eigeninteresse vor das Fremdinteresse zu stellen. Demgegenüber bestanden bei gegenseitigen (entgeltlichen) Verträgen keine derartigen Schutzpflichten, den Parteien war lediglich untersagt, den Vertragspartner arglistig zu hintergehen<sup>8</sup>.
- 22 Die dominierende Rolle des Mandats und die untergeordnete Rolle des Dienstvertrages entsprachen im 19. Jahrhundert selbstverständlich nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Vielmehr hatten sich in der sozialen und wirtschaftlichen Realität die Dinge längst umgekehrt<sup>9</sup>. Allein in den Rechtsanschauungen hatte sich die überkommene Distinktion von unentgeltlichem Mandat und entgeltlicher Dienstleistung über die Zeiten hinweg im Kern bewahrt und mit ihr insbesondere die Auffassung, dass die Regeln des unentgeltlichen Auftrags für die entgeltlichen Geschäftsbesorgungen nicht gelten können. Auch das Gemeine Recht hatte sich von der überkommenen Vorstellung des unentgeltlichen Ehrendienstes nicht freigemacht und war nicht zu der Erkenntnis gelangt, dass der Geschäftsbesorgungsvertrag, auch wenn er entgeltlich ist, sich kategorial von den übrigen gegenseitigen Verträgen unterscheidet, bei denen prinzipiell jede Partei ihre eigenen Interessen verfolgen darf und von Rechts wegen gerade

<sup>6</sup> Vgl. auch *Ulpian* Dig. 4.4.16.4: „Idem Pomponius ait in pretio emptionis et venditionis naturaliter licere contrahentibus se circumvenire“. Beide Stellen verdanke ich einem Hinweis von *Horst Ehmann*.

<sup>7</sup> Das klassische römische Recht kannte noch keine Kontrolle des materiellen Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung. Jenseits der arglistigen Täuschung hielt man den Wunsch der Parteien, den eigenen Nutzen unter Übervorteilung des Kontrahenten zu maximieren, für legitim; siehe dazu insbesondere *Harke*, Allg. SchuldR, Rn. 98.

<sup>8</sup> Siehe im Anschluss an die zuvor im Text Rn. 20 zitierte Stelle wiederum *Paulus* Dig. 19.2.23: „Et ideo praetextu minoris pensionis, locatione facta, si nullus dolus adversarii probari possit, rescindi locatio non potest“. Der Mietvertrag kann nicht angefochten werden, solange keine Arglist bewiesen wird.

<sup>9</sup> *Pohlmann*, Aufklärungspflichten, S. 88.

# Entscheidungsregister

Die Angaben verweisen auf die **Kapitel** (Fettdruck) und die *Fußnoten*; angeführt sind im Text erörterte, besonders bedeutsame und wiederholt zitierte Entscheidungen.

## Reichsgericht

Urt. vom 24.09.1898 – I 201/98, RGZ 42, 125	3, 34, 35
Urt. vom 10.12.1904 – I 334/04, JW 1905, 118 (Nr. 4)	3, 180
Urt. vom 08.07.1905 – V 609/04, RGZ 61, 207	3, 258, 260
Urt. vom 14.12.1920 – II 267/20, RGZ 101, 97	3, 259, 270
Urt. vom 22.10.1929 – VII 147/29, RGZ 126, 50	6, 35
Urt. vom 12.12.1932 – VIII 431/32, RGZ 139, 103	6, 35, 36, 50
Urt. vom 09.10.1936 – II 66/36, RGZ 152, 283	5, 178

## Bundesarbeitsgericht

Urt. vom 10.11.1961 – GS 1/60, BAGE 12, 15 = NJW 1962, 411	1, 49
Urt. vom 21.09.1967–1 AZR 504/65, BAGE 19, 83 = NJW 1967, 414	1, 49
Urt. vom 17.06.1998–2 AZR 336/97, BAGE 89, 149 = ZIP 1998, 2017	1, 49

## Bundesgerichtshof

### Amtliche Sammlung

Urt. vom 29.10.1952 – II ZR 283/51, <b>BGHZ 7, 371</b> = NJW 1953, 60	3, 36
Urt. vom 09.02.1955 – VI ZR 286/53, <b>BGHZ 16, 265</b> = NJW 1955, 785	1, 31; 2, 42
Urt. vom 25.04.1966 – VII ZR 120/65, <b>BGHZ 45, 223</b> = NJW 1966, 1452	1, 33
Urt. vom 20.02.1967 – III ZR 134/65, <b>BGHZ 47, 207</b> = WM 1967, 448	5, 24, 180, 185
Urt. vom 20.02.1967 – III ZR 40/66, <b>BGHZ 47, 224</b> = NJW 1967, 1026	5, 192

- Urt. vom 08.02.1978 – VIII ZR 20/77, **BGHZ 70, 356**  
= NJW 1978, 997 2, 22
- Urt. vom 24.04.1978 – II ZR 172/76, **BGHZ 71, 284**  
= NJW 1978, 1625 = WM 1978, 705 3, 218; 4, 7
- Urt. vom 22.05.1978 – III ZR 153/76, **BGHZ 71, 358**  
= NJW 1978, 1970 = WM 1978, 875 5, 217, 218
- Urt. vom 08.06.1978 – III ZR 136/76, **BGHZ 72, 92**  
= NJW 1978, 2145 = WM 1978, 1038 5, 24, 27, 189, 193
- Urt. vom 16.11.1978 – II ZR 94/77, **BGHZ 72, 382**  
= NJW 1979, 718 = WM 1979, 141 4, 11
- Urt. vom 22.03.1979 – VII ZR 259/77, **BGHZ 74, 103**  
= NJW 1979, 1449 = WM 1979, 530 3, 17, 38, 53, 208, 210; 4, 33
- Urt. vom 06.06.1979 – VIII ZR 255/78, **BGHZ 74, 379**  
= NJW 1979, 1832 = WM 1979, 921 4, 21
- BGH, Urt. vom 22.05.1980 – II ZR 209/79, **BGHZ 77, 172.**  
= NJW 1980, 1840 = WM 1980, 794 4, 12, 13, 24, 33, 108, 119, 120
- Urt. vom 06.10.1980 – II ZR 60/80, **BGHZ 79, 337**  
= NJW 1981, 1449 = WM 1981, 483 4, 13, 14
- Urt. vom 22.03.1982 – II ZR 114/81, **BGHZ 83, 222.**  
= NJW 1982, 2514 = WM 1982, 554 4, 21, 128
- Urt. vom 04.03.1987 – IVa ZR 122/85, **BGHZ 100, 117**  
= NJW 1987, 1815 = WM 1987, 495 3, 19, 39, 99
- Urt. vom 31.05.1990 – VII ZR 340/88, **BGHZ 111, 314,**  
= NJW 1990, 2461 = WM 1990, 1276 4, 97, 108, 109
- Urt. vom 26.04.1991 – V ZR 165/89, **BGHZ 114, 263**  
= WM 1991, 1171 = NJW 1991, 2256 3, 250
- Urt. vom 06.07.1993 – XI ZR 12/93, **BGHZ 123, 126**  
= NJW 1993, 2433 = WM 1993, 1455 3, 40, 55, 68, 70
- Urt. vom 27.11.1998 – V ZR 344/97, **BGHZ 140, 111**  
= NJW 1999, 638 = WM 1999, 137 3, 42, 193, 194, 196, 197
- Urt. vom 09.04.2002 – XI ZR 91/99, **BGHZ 150, 248**  
= WM 2002, 1181 = NJW 2002, 1881 3, 280
- Urt. vom 12.11.2002 – XI ZR 47/01, **BGHZ 152, 331**  
= NJW 2003, 422 = WM 2002, 2501 3, 277, 280; 5, 133, 238
- Urt. vom 21.07.2003 – II ZR 387/02, **BGHZ 156, 46**  
= NJW 2003, 2821 = WM 2003, 1762 5, 144, 145, 147
- Urt. vom 31.10.2003 – V ZR 423/02, **BGHZ 156, 371**  
= NJW 2004, 64 = WM 2003, 2386 3, 42, 54, 193
- Urt. vom 12.02.2004 – III ZR 359/02, **BGHZ 158, 110**  
= NJW 2004, 1732 3, 114; 4, 108; 6, 99

- Urt. vom 14.06.2004 – II ZR 393/02, **BGHZ 159, 294**  
= NJW 2004, 2736 = WM 2004, 1529 5, 145, 147
- Urt. vom 25.04.2006 – XI ZR 29/05, **BGHZ 167, 223**  
= NJW 2006, 1952 = WM 2006, 1008 5, 132, 153, 167
- Urt. vom 25.04.2006 – XI ZR 106/05, **BGHZ 167, 239**  
= NJW 2006, 1955 = WM 2006, 1066 5, 132, 144, 151, 171; 6, 23
- Urt. vom 16.05.2006 – XI ZR 6/04, **BGHZ 168, 1**  
= NJW 2006, 2099 = WM 2006, 1194 5, 61, 67, 73, 85, 94, 95, 98,  
102, 103, 106, 109, 132, 133,  
140, 174, 239, 240
- Urt. vom 28.06.2006 – XII ZR 50/04, **BGHZ 168, 168**  
= NJW 2006, 2618 2, 20
- Urt. vom 19.09.2006 – XI ZR 204/04, **BGHZ 169, 109**  
= NJW 2007, 357 = WM 2006, 2343 5, 116, 243
- Urt. vom 19.12.2006 – XI ZR 56/05, **BGHZ 170, 226**  
= NJW 2007, 1876 = WM 2007, 487 3, 2, 71, 72, 147; 5, 165
- Urt. vom 02.06.2008 – II ZR 210/06, **BGHZ 177, 25**  
= WM 2008, 1545 = JZ 2008, 155 4, 10, 103, 124, 127, 128
- Urt. vom 07.10.2008 – XI ZR 89/07, **BGHZ 178, 149**  
= NJW 2008, 3700 = WM 2008, 2166 3, 111
- Urt. vom 10.11.2009 – XI ZR 252/08, **BGHZ 183, 112**  
= NJW 2010, 596 = WM 2009, 2366 5, 121, 149, 150, 151, 169
- Urt. vom 15.04.2010 – III 196/10, **BGHZ 185, 185**  
= WM 2010, 885 3, 73, 133, 155
- Urt. vom 22.03.2011 – XI ZR 33/10, **BGHZ 189, 13**  
= NJW 2011, 1949 = WM 2011, 682 3, 77, 129, 160
- Urt. vom 27.09.2011 – XI ZR 182/10, **BGHZ 191, 119**  
= NJW 2012, 66 = WM 2011, 2268 3, 1, 5, 81, 139, 142, 145, 176
- Urt. vom 17.11.2011 – III ZR 103/10, **BGHZ 191, 310**  
= NJW 2012, 758 = WM 2012, 19 4, 104, 114, 115
- Urt. vom 11.07.2012 – IV ZR 164/11, **BGHZ 194, 39**  
= NJW 2012, 3647 = WM 2012, 1582 3, 227, 229, 234, 235, 241
- Urt. vom 18.09.2012 – XI ZR 344/11, **BGHZ 195, 1**  
= WM 2012, 2147 = ZIP 2012, 2199 4, 17, 67

### Zeitschriften

- Urt. vom 09.02.1978 – III ZR 31/76, NJW 1978, 1427, 1429  
= WM 1978, 459 5, 190, 192, 194
- Urt. vom 29.05.1978 – II ZR 173/77, NJW 1978, 2547  
= WM 1978, 896 6, 47, 49

Urt. vom 17.05.1979 – III ZR 118/77, NJW 1979, 2092 = WM 1979, 1035	5, 24, 189, 190, 195
Urt. vom 12.07.1979 – III ZR 18/78, NJW 1980, 41 = WM 1979, 1054	5, 186, 199, 204
Urt. vom 10.07.1980 – III ZR 177/78, NJW 1980, 2301 = WM 1980, 1111	5, 155, 192
Urt. vom 13.11.1980 – III ZR 96/79, NJW 1981, 389 = WM 1980, 1446	5, 199, 204, 219
Urt. vom 21.01.1988 – III ZR 179/86, NJW 1988, 1583 = WM 1988, 561	5, 205
Urt. vom 14.01.1985 – II ZR 41/84, WM 1985, 533	4, 111, 124
Urt. vom 24.04.1990 – XI ZR 236/89, NJW-RR 1990, 876 = WM 1990, 920	5, 62, 214; 6, 70
Beschluss vom 28.01.1992 – XI ZR 301/90, WM 1992, 602	3, 254; 5, 134; 6, 74, 77
Urt. vom 31.03.1992 – XI ZR 70/91, NJW-RR 1992, 879 = WM 1992, 901	5, 67; 6, 42, 77
Urt. vom 28.04.1992 – XI ZR 165/01, NJW 1992, 2146 = WM 1992, 1310	5, 62, 72
Urt. vom 24.11.1995 – V ZR 40/94, NJW 1996, 451 = WM 1996, 315	3, 198, 272
Urt. vom 20.11.1995 – II ZR 209/94, NJW 1996, 1051 = WM 1996, 201	3, 267
Urt. vom 24.09.1996 – XI ZR 318/95, WM 1996, 2105 = NJW-RR 1997, 116	3, 222, 276
Urt. vom 23.07.1997 – VIII ZR 238/96, NJW 1997, 3227 = WM 1997, 2315	3, 47, 101, 102
Urt. vom 05.03.1998 – III ZR 183/96, NJW 1998, 1854 = WM 1998, 819	3, 287, 288
Urt. vom 15.06.2000 – III ZR 305/98, NJW 2000, 3275 = WM 2000, 1548	3, 191, 195
Urt. vom 14.11.2000 – XI ZR 336/99, WM 2000, 2539 = NJW 2001, 358	3, 222, 233, 276
Urt. vom 27.01.2004 – XI ZR 37/03, NJW 2004, 1376 = WM 2004, 620	4, 108, 112, 122; 5, 109, 213
Urt. vom 23.03.2004 – XI ZR 194/02, NJW 2004, 2378 = WM 2004, 1221	5, 59, 133
Urt. vom 08.06.2004 – X ZR 283/02, NJW 2004, 3420 = WM 2004, 1869	4, 130, 135
Urt. vom 12.05.2005 – III ZR 413/04, WM 2005, 1219 = NJW-RR 2005, 1120	3, 212, 213

Urt. vom 13.10.2006 – V ZR 66/06, WM 2007, 174 = NJW 2007, 1874	3, 42, 60, 75, 196, 203; 5, 89
Urt. vom 21.11.2006 – XI ZR 347/05, NJW 2007, 1127 = WM 2007, 200	5, 129, 145, 172, 174
Urt. vom 20.03.2007 – XI ZR 414/04, WM 2007, 876 = NJW 2007, 2396	3, 255, 257; 5, 61, 73–76, 78, 88, 96; 6, 67, 92, 96
Urt. vom 05.06.2007 – XI ZR 348/05, NJW 2007, 2407 = WM 2007, 1367	5, 160, 165, 171; 6, 100
Urt. vom 14.06.2007 – III ZR 300/05, WM 2007, 1507 = NJW-RR 2007, 1329	4, 118, 133, 142, 143
Urt. vom 14.06.2007 – III ZR 125/06, WM 2007, 1503 = NJW-RR 2007, 1332	4, 39, 142, 144, 145, 146, 147
Urt. vom 19.06.2007 – XI ZR 142/05, NJW 2007, 3200 = WM 2007, 1456	5, 146, 160; 6, 23
Urt. vom 17.10.2007 – XI ZR 205/05, WM 2007, 114 = NJW-RR 2007, 257	5, 81, 126
Urt. vom 23.10.2007 – XI ZR 167/05, NJW 2008, 640 = WM 2008, 154	5, 86, 95, 128; 6, 89
Urt. vom 06.11.2007 – XI ZR 322/03, NJW 2008, 644 = WM 2008, 115	5, 66, 69, 72, 96, 223; 6, 86, 87, 92
Urt. vom 04.03.2008 – XI ZR 288/06, juris	5, 229; 6, 44, 86, 87, 92, 101
Urt. vom 29.05.2008 – III ZR 59/07, WM 2008, 1205 = NJW-RR 2008, 1129	4, 150, 153, 155, 156
Urt. vom 06.06.2008 – V ZR 50/07, juris	3, 205, 217, 234
Urt. vom 20.01.2009 – XI ZR 510/07, NJW 2009, 1416 = WM 2009, 405	3, 147
Beschluss vom 25.06.2009 – III ZR 243/09, ZMR 2009, 856	3, 206, 217, 234
Urt. vom 07.12.2009 – II ZR 15/08, NJW 2010, 1077 = WM 2010, 262	4, 161, 164
Urt. vom 19.10.2010 – VI ZR 124/09, WM 2010, 2256 = ZIP 2010, 2458	4, 160, 162, 163
Urt. vom 19.10.2010 – XI ZR 376/09, WM 2010, 2304 = NJW-RR 2011, 263	5, 175; 6, 28
Urt. vom 17.02.2011 – III ZR 144/10, WM 2011, 505 = NJW-RR 2011, 910	3, 111, 201
Urt. vom 03.03.2011 – III 170/10, WM 2011, 640 = NJW-RR 2011	3, 73, 133
Beschluss vom 09.03.2011 – XI ZR 191/10, BGH NJW 2011, 3227 = WM 2011, 925	3, 72, 171

Urt. vom 26.06.2012 – XI ZR 316/11, NJW 2012, 2873 = WM 2012, 1520	3, 1, 2, 6, 81, 139, 146, 157, 158, 161, 162, 164, 165, 167–171, 175, 177
Urt. vom 26.06.2012 – XI ZR 356/11, juris	3, 164, 165
Urt. vom 18.09.2012 – XI ZR 344/11, WM 2012, 2147 = ZIP 2012, 2199	3, 67
Urt. vom 16.10.2012 – XI ZR 368/11, juris	3, 164, 171, 175, 176
Urt. vom 16.10.2012 – XI ZR 367/11, BB 2012, 3036	2, 46; 3, 1, 137, 146, 157, 159, 160
Urt. vom 01.03.2013 – V ZR 279/11, WM 2013, 839	3, 205, 217, 235, 241

### Oberlandesgerichte

OLG Oldenburg, Urt. vom 15.01.2009–8 U 122/08, WM 2009, 796	5, 55
OLG Celle, Urt. vom 28.10.1999–11 U 128/96, OLGR Celle 2001	3, 187
OLG Celle, Urt. vom 05.09.2002–11 U 184/01, OLGR Celle 2003, 22	3, 187
OLG Karlsruhe, Urt. vom 24.03.2005–11 U 31/04, VuR 2005, 215	3, 241
OLG Karlsruhe, Urt. vom 18.12.2007–17 U 73/07, OLGR 2008, 297	5, 71
OLG Brandenburg, Urt. vom 24.09.2009–5 U 83/07, juris	3, 236–239
OLG Schleswig, Urt. vom 30.09.2009–5 U 52/09, WM 2010, 258	5, 124
OLG München, Urt. vom 02.08.2010–19 U 4014/08, WM 2010, 1982	5, 124
OLG München, Urt. vom 02.11.2011–20 U 2289/11, GWR 2011, 574	4, 78, 80
OLG Karlsruhe, Urt. vom 04.12.2012 -17 U 93/12, juris	4, 167
OLG Düsseldorf, Urt. vom 08.07.2010 – I-6 U 136/09, 6 U 136/09, WM 2010, 1934	3, 153
OLG Stuttgart, Urt. vom 29.10.2010–6 U 208/09, WM 2011, 356 = ZIP 2011, 219	3, 134
OLG Karlsruhe, Urt. vom 02.11.2010–17 U 62/10, WM 2011, 353 = ZIP 2010, 2442	3, 134

## Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die **Kapitel** (Fettdruck) und die *Randnummern* (Hauptfundstellen im Kursivdruck)

- Abschlussprüfer** 4, 81  
**Abschreibungsgesellschaft**  
(siehe auch *Publikumsgesellschaft*) 4, 8, 37, 53  
**Abzahlungsgeschäft** (finanziertes) 5, 85, 89, 90 ff., 117  
– Verbindung der Geschäfte 5, 91  
**Abzahlungsgesetz** 5, 76, 88  
**Abzahlungskauf** (B-Geschäft) 5, 56, 76, 87, 88 ff., 96, 120; 6, 39  
– Aufspaltung des Geschäfts 5, 88  
**Agenturdarlehen** 3, 175  
**AIFM-Umsetzungsgesetz** 4, 44  
**Anbieter** (Begriff)  
– Wertpapiere 4, 59  
– Vermögensanlagen 4, 60  
**Anlageberater**  
– Abgrenzung zum Vermittler 3, 55  
– freier, bankunabhängiger 3, 62 Fn. 133, 71  
– Doppelagent 3, 62, 78; 5, 31  
**Anlageberatung**(svertrag)  
– anleger-, anlagegerecht 3, 32, 57, 66  
– Aufklärung über Interessenkonflikt 3, 7, 34, 68 ff., 72; 5, 46, 47, 48  
– Bankenhaftung 3, 23  
– Betriebsbezogenheit 3, 98, 103  
– Duplizierung 3, 141 ff., 145  
– Fiktion (Abschluss) 3, 25 ff., 30, 146; 6, 38, 39, 42  
– Fiktion (Inhalt) 3, 34  
– Grundlage der Geschäftsbesorgungsmacht 2, 20, 57; 3, 15, 48 ff.  
– Immobilienanlagen 3, 87, 104 ff., 112 ff., 118 ff., 134, 141 ff.  
– Kreditgeber und Anleger 5, 38  
– neben Kaufvertrag 3, 33, 80  
– neben Kommissionsvertrag 3, 76 ff., 79 ff.  
– Realkontrakt 3, 3, 29, 43 ff.  
– Rechtscheinhaftung 3, 181 ff.  
– „Schlechterfüllung“ 3, 30, 91  
– Schutzzweck 3, 31, 34, 78  
– selbstständiger Vertrag 2, 57; 3, 8, 24, 32 ff., 41, 44, 72, 84, 86; 4, 104, 5, 14, 38; 6, 35, 38, 39, 41, 62, 76, 77  
– stillschweigender Abschluss 3, 24, 110, 119, 188  
– Verhältnis zur c.i.c. 3, 16, 123, 178  
– Verpflichtungsgeschäft 3, 26 ff.  
**Anlageempfehlung** (siehe *Geschäftsbesorgung: Rat, Empfehlung*)  
**Anlagestimmung** 4, 26 Fn. 35, 65  
**Anlagevermittler**  
– Abgrenzung Anlageberater 3, 55  
– arglistige Täuschung 3, 157 ff.  
– Deliktsschuldner 3, 183, 187  
– Doppelrolle 3, 140  
– Eigenhandeln 3, 96 ff., 127, 174 ff.  
– eigenmächtiges Verhalten 3, 173, 175  
– Erfüllungsgehilfe (des Anlageemittenten) 3, 109, 112 ff., 129, 133, 153; 6, 57  
– Finanzanlagenvermittler 3, 95  
– Geschäftsbesorger 2, 56; 3, 50, 151  
– Haftung 3, 121 ff., 128, 147 ff., 150 ff.  
– Informationslücke 3, 51  
– Informationsquelle 3, 51  
– Plausibilitätsprüfung 3, 51, 54, 114  
– Sachkundenachweis 3, 95, 4, 70  
– Verhandlungsvollmacht 3, 109, 159, 160, 166

- Vertreterhandeln 3, 86 ff., 103
- Zurechnung (Beratungsverschulden) 3, 130, 134 ff., 148, 153, 156, 157, 169
- Zurechnung (Straftat) 3, 190
- Anlegerschutz** (aktienrechtlicher) 4, 8, 30, 39
- Anlegerschutzverbesserungsgesetz** 4, 31, 40, 85
- Anspruchskonkurrenz** 3, 16, 178; 6, 13 Fn. 25
- Anwaltsvertrag** 2, 8, 27, 33
- Arbeitnehmer** (Geschäftsbesorger) 1, 65; 2, 32; 3, 62
- Arbeitsvertrag** 1, 20, 41, 43, 54, 64, 67; 2, 10
- Arglist(ige Täuschung)**
  - allgemeines Arglistverbot 1, 21; 3, 160
  - Anfechtung (Darlehensvertrag) 3, 164 ff.; 5, 73 ff.
  - Ertragswert 5, 43
  - Kündigung (Gesellschaft) 5, 70, 71
  - Mieteinkünfte 5, 43; 6, 53, 57
  - monatliche Belastung 5, 96; 6, 59
  - Renovierungskosten 5, 60
  - Schadensersatz 5, 77 ff., 81, 117
  - Wissensvorsprung, Vermutung 5, 50 ff., 59 ff., 80, 117
- Arztvertrag** 2, 8, 15, 33, 34
- Asymmetrie der Unterordnung** 1, 36; 2, 40
- Auftrag**
  - Abgrenzung entgeltlicher Dienstvertrag 1, 22, 26, 28, 30
  - Subordination 1, 59
- Auftragsrechtsfolgen**
  - ergänzende Vertragsregeln 1, 64; 2, 9, 52
  - Schutzpflichten 1, 70; 2, 42; 4, 27
- Auskunftspflicht** (*siehe Informationspflicht*)
- Auskunftsvertrag** 2, 18; 3, 8, 121, 126, 148, 176, 183
  - Grundlage der Geschäftsbesorgungsmacht 2, 20, 57; 3, 15, 48 ff.
  - Haftung des Vermittlers 3, 22, 147
  - nachwirkende Pflichten 3, 168
  - selbstständiger Vertrag 2, 57; 3, 8, 23
- stillschweigender Abschluss 3, 21, 98, 119, 168
- Austauschvertrag** 1, 36, 50, 58; 2, 13; 5, 12; 6, 21, 44, 45
- Austauschzweck** 1, 26, 54, 57, 58; 2, 8, 13; 3, 8, 45, 66; 5, 12, 16, 20, 21; 6, 22, 23, 31, 46, 65, 67
- Badenia** 3, 136, 155; 5, 48, 50, 112, 114; 6, 16, 45, 47
- Bankauskunft** 6, 24
- Bankgeheimnis** 3, 188
- Bankvertrag** (allgemeiner) 5, 9, 10
- Bankenhaftung** (*siehe auch Kreditgeber*)
  - Abstand zur Deliktshaftung 5, 45, 47, 58, 105
  - Einwendungsdurchgriff (Wechselbeziehung zur B.) 5, 77, 82, 84 ff., 89, 92, 99; 6, 10, 13
  - Schutzbedürftigkeit Kreditnehmer 5, 16, 100, 101, 110, 111, 114, 115; 6, 14
  - Verbundgeschäfte 5, 68 ff.
  - Viererkanon 5, 39 ff., 100, 104 ff., 115, 116; 6, 1, 7, 10, 11, 14, 48, 51
- Bauherren- und Bauträgermodell** 3, 105, 169; 4, 8, 70; 5, 40, 100, 108; 6, 41, 14
- Bausparkasse**
  - Haftung für Kreditvermittler 3, 136, 156, 169, 170
  - Kreditgeber 3, 136, 137, 155, 156, 169, 170; 5, 29, 48, 61
- Beipackzettel** (*siehe Informationsblatt*)
- Beratung**
  - Honorarberatung 3, 27
  - Teil des Kaufgeschäfts 3, 21
- Beratungsvertrag** (*siehe auch Anlageberatungsvertrag*)
  - zwischen Verkäufer und Käufer 2, 17, 18; 3, 26, 27, 45
- Berechnungsbeispiel** 2, 18; 3, 23, 28, 44, 102, 108, 114; 5, 60, 61
- Berufshaftung** (*siehe Expertenhaftung*)
- Beteiligungserwerb** 5, 99; 6, 11, 18
- Bewachungsvertrag** 3, 27
- Beweislast**
  - arglistige Täuschung 5, 52
  - Prospektfehler 4, 65

- Vertretergeschäft 3, 127
- Beweislastumkehr** (*siehe arglistige Täuschung, Wissensvorsprung*)
- Bond-Entscheidung** 3, 23, 28, 32, 33
- Bonitätsprüfung** (*siehe Kreditgeber*)
- Börsengesetz 1896** 4, 29, 34 ff., 47
- Börsenhandel**
  - amtlicher Markt 3, 35
  - geregelter Markt 3, 38, 39, 40
- Börseninformationsdienst** 2, 20; 4, 132
- Börsenprospekt** 4, 34, 39, 40, 48, 50, 56 ff.
- Börsentermingeschäft** 3, 21
- Betreuer** (Geschäftsbesorger) 2, 4
- Bürgerlichrechtliche Prospekthaftung** (*siehe Prospekthaftung*)
  
- Comfort-letter** 4, 77
- Culpa-Haftung** 2, 31, 55; 3, 11, 14, 16 ff., 34
  - Vermittler 3, 149
  - dolus Haftung 3, 161
- culpa in contrahendo** 3, 11
  - und Beratungsvertrag 3, 15 ff., 34, 123, 178; 6, 13 Fn. 25
  - Vertrauenshaftung 3, 17 ff., 91, 123, 147 ff.; 4, 7, 12
  - Prospekthaftung 4, 7 ff., 16, 17, 18 ff., 22, 92
  - Deliktsrecht 4, 21
  - vertragliche Qualifizierung 3, 14; 4, 22
- Darlehensvertrag** (*siehe Kreditvertrag*)
- Deliktshaftung**
  - § 826 BGB 3, 91; 4, 74, 127; 5, 45, 47, 58; 6, 16, 37, 47, 56
  - deliktische Verkehrspflichten 3, 14, 39; 4, 21
- Dienste**
  - höhere 1, 18, 22, 25; 2, 33
  - niedere 1, 20
- Dienstvertrag, Abgrenzung zum**
  - Geschäftsbesorgungsvertrag 1, 16, 25, 34, 39, 49, 65
  - nach Leistungszweck 1, 39, 53
  - nach Leistungsgegenstand 1, 46, 53, 64, 65
  - nach sachgerechten Rechtsfolgen 1, 41 ff.; 2, 3 ff., 10
- Direkterwerb** 5, 99; 6, 11, 18
- Dritter** (§ 123 Abs. 2 BGB) 3, 159 ff., 164 ff., 168, 169
- Duldungsvollmacht** 3, 183
  
- Eigengeschäft** (Wertpapierhandel) 3, 7, 64, 65, 72
- Eigenverantwortung** 5, 7, 17
- Einwendungsdurchgriff** 5, 69, 71, 77, 81, 88, 100, 109
  - Zusammenhang mit Bankenhaftung 5, 77, 82, 84 ff., 89, 92, 99 ff., 106, 120; 6, 10, 13
  - § 358 Abs. 3 Satz 3 BGB 6, 7, 12, 13
- Emission(sbank)** 4, 15, 35, 48, 50
- Emittent** (Begriff)
  - Wertpapiere 4, 59
  - Vermögensanlagen 4, 60
- Empirie** 1, 47 Fn. 52; 2, 3
- Erfüllungsgehilfe** (*siehe auch Anlagevermittler*)
  - Abzahlungsgeschäft 5, 94 ff.
  - der Bausparkasse 3, 136, 156
  - des Gründungsgesellschafters 3, 130
  - des Kreditgebers, *siehe dort, Zurechnung*
  - der Lebensversicherung 3, 138
  - oder Partei des Beratungsvertrages 3, 118, 119, 134, 139, 148
  - oder Dritter iSv § 123 Abs. 2 BGB 3, 157 ff., 168 ff.
- vorvertraglicher 3, 162
- Erfüllungsinteresse** (positives Interesse) 3, 10, 13
- Erste Kommission (BGB)** 1, 24, 25, 27
- Europäischer Gerichtshof (EuGH)** 3, 171; 5, 54, 121, 122; 6, 4, 5, 15
- Execution only business** 3, 49
- Expertise** (*siehe Prospektgutachten*)
- Experte(nhaftung)** 4, 13, 19, 71, 75 ff., 85, 93, 96, 100
  - Vertrauenstatbestand 4, 90, 102, 103
- Explorationspflicht** (*siehe Nachforschung*)
  
- Festpreisgeschäft** 2, 12; 3, 7, 64, 65, 80
- Fiktion** (*siehe Anlageberatung, Prospekthaftung, bürgerlichrechtliche*)

- Finanzkommissionsgeschäft** 4, 84, 126, 133
- Finanzmarktrichtlinie (MiFiD)** 3, 32  
Fn. 67; 5, 104 Fn. 205; 6, 82
- Finanzportfolioverwaltung** 4, 133, 137
- Forderungseinziehung**  
(Geschäftsbesorgung) 2, 27
- FRUG** (Finanzmarktrichtlinien-Umsetzungsgesetz) 3, 67
- Garantenstellung** (*siehe Experten- und Prospekthaftung*)
- Gefahrenabwehr** 2, 35; 3, 10, 13, 31, 66; 5, 39, 97; 6, 13
- Gefälligkeitsempfehlung** 1, 31; 2, 17, 57; 3, 26
- Abgrenzung zum Auftrag 1, 31; 2, 57
- Gemeines Recht** 1, 10, 15 ff., 22
- Gesamtverantwortung** (*siehe Prospektgarant*)
- Geschäftsanmaßung** 2, 23 Fn. 29
- Geschäftsbesorger**
- Aufwendungsersatzanspruch 2, 10, 11, 14, 28, 41
  - Anlagevermittler als G. 2, 17, 20
  - Anzeigepflicht 2, 33, 49
  - Auskunft 2, 10, 33, 40, 41, 46
  - gesetzliche G. 2, 9
  - Geschäftsbesorger Typen 1, 43
  - Herausgabeanspruch 2, 10, 15, 34, 41; 3, 62
  - Kardinalpflichten 2, 42, 48; 3, 83
  - Käufer als G. 2, 14
  - Kreditgeber als G. 5, 26; 6, 17 ff., 35, 67
  - Prospektherausgeber 4, 24, 25
  - Prospektgutachter 4, 93
  - Rechenschaftspflicht 2, 27, 34, 41
  - Verkäufer als G. 2, 11; 3, 24, 27, 45; 6, 35, 67
  - Vermieter als G. 2, 19
  - vertraglich bestellte 2, 8
  - Vorschuss 2, 41
  - Weisung (Geschäftsherr) 2, 10, 32, 33, 40, 43, 45
- Geschäftsbesorgung**
- allgemeiner Schuldrechtstypus 1, 39 ff., 65, 67 ff., 70, 71; 2, 9
  - Abgrenzung zum Dienst- und Werkvertrag 1, 25, 34, 39, 49, 65
  - Begriff 1, 29, 40, 41, 43, 63
  - von der Rechtsfolge zum Tatbestand 1, 42 ff.; 2, 3 ff., 10
  - Eigeninteresse 2, 27; 3, 41, 61, 62, 63; 5, 11, 12
  - Einwirkung auf fremden Rechtskreis 3, 38 ff.; 4, 25; 5, 17, 19; 6, 30
  - Einheitstheorie (Kongruenztheorie) 1, 29, 38, 39 ff., 70
  - Fremdgeschäftsführungswille 2, 26
  - Fremdinteresse 2, 26 ff., 61, 62
  - Geschäftsbesorgungskontroverse 1, 10, 15 ff., 44
  - Geschäftsbesorgungsformel 1, 31 ff., 49, 63
  - Grundformenparadigma (*siehe Subordinationslehre*)
  - Hauptpflicht 2, 8, 9; 3, 27; 5, 10
  - Nebenpflicht 2, 8, 9; 3, 27; 5, 11
  - Rat, Empfehlung 1, 18; 2, 17, 24; 3, 21, 26, 40, 47, 55, 57, 86; 4, 25; 5, 27, 31; 6, 18, 30, 31, 34, 35, 37, 42, 49
  - Realkontrakt 3, 28, 29, 37, 43 ff.; 6, 77
  - Rechtskreis (Geschäftsherr) 2, 5; 3, 38 ff.
  - selbstständige Tätigkeit 1, 64; 2, 34
  - Subordinationslehre 1, 35 ff., 46 ff., 52 ff., 59; 2, 27, 29
  - Trennungstheorie (Diskrepanztheorie) 1, 29, 32 ff., 44, 48, 49, 51, 62, 70; 2, 31, 32
  - vorvertraglicher Bereich 2, 16 ff., 54
  - wirtschaftliche Tätigkeit 1, 64; 2, 34
- Geschäftsbesorgungsmacht** 2, 5
- gesetzliche Entstehungsgrundlage 2, 6 ff.
  - Missbrauch 3, 62, 78; 5, 31
  - Rechtsfolgen 2, 37 ff., 51; 3, 41
  - positive Forderungsverletzung 2, 53
  - Prospektherausgeber 3, 151, 152; 4, 26
  - Sorgfalt als Korrelat der G. 2, 38, 40, 52, 54, 56, 58; 3, 16, 56, 151; 4, 27; 6, 32, 38
  - vertragliche Entstehungsgrundlage 2, 11, 53; 3, 35, 46, 84
  - vorvertragliche Entstehungsgrundlage 2, 16 ff., 54; 3, 14, 15, 19, 44, 56, 151

- Geschäftsbesorgung ohne Auftrag** 1, 65, 71; 2, 4, 23, 54
- unberechtigter Geschäftsführer 2, 23
- Geschäftsbesorgungsvertrag**
- besonderer Vertragstypus 1, 33, 45, 48 ff., 58, 66, 69
  - speziell geregelte G. 2, 4, 8
  - Realkontrakt (*siehe Geschäftsbesorgung*)
- Gesellschaftsvertrag** (Austauschzweck) 1, 58
- Gewinnspanne (Marge)**  
(*siehe Informationspflicht*)
- Grundformenparadigma**  
(*siehe Geschäftsbesorgung*)
- Gutachten** (*siehe Prospektgutachten*)
- Handkauf** 3, 29
- Handschenkung** 3, 29
- Haftung**
- des Emittenten (*siehe Prospekthaftung, Geschäftsbesorger*)
  - des Geschäftsführers (Komplementär-GmbH) 4, 11
  - des Vermittlers 3, 22
  - des Verkäufers 3, 24
- Haftungsadressaten**
- Auswahl 3, 3, 5, 111
  - Konkurrenz Verkäufer- und Vermittlerhaftung 3, 112 ff.
- Handelsvertreter** 2, 27, 32; 3, 86, 89 ff., 173, 186, 190
- Haustürgeschäft** (Widerruf)
- Heiningen (Urteil) 3, 170, 171; 5, 122, 125; 6, 4
  - Widerrufsrecht, Belehrungspflicht 5, 114, 123
  - Schadensersatz bei fehlender Widerrufsbelehrung 5, 54, 121 ff.
  - Schulte/Badenia (Urteil) 5, 54, 122
- Haustürsituation** (Zurechnung) 3, 170 ff.
- Hintermann** (*siehe Prospekthaftung*)
- Informationsblatt** („Beipackzettel“)
- Wertpapiere 4, 43, 44
  - Vermögensanlagen 4, 43, 44, 63
  - offene Fonds 4, 43
- Informationsherrschaft** 4, 93
- Informationsmodell** (Gesetzgebung) 4, 63; 5, 20, 114
- Informationspflicht** 3, 39, 42
- des Geschäftsbesorgers 2, 42 ff.
  - Gewinnspanne 3, 7, 64, 65, 66, 71, 72
  - Informationsquelle 2, 46
  - Rückvergütungen (*siehe dort*)
  - unentwickelte Schutzpflicht 3, 14, 31, 36, 45
  - vertragschlussbezogene 2, 18, 55 ff.; 3, 14, 15, 21 ff., 31, 39, 42, 46, 66, 84, 178; 4, 24, 25, 144, 148
- Innenprovision** 3, 53, 54, 77, 128; 5, 50, 51, 78; 6, 62 ff., 69
- Insider(wissen)** 5, 61, 62
- Integritätsinteresse** (Erhaltungsinteresse) 3, 13, 27, 30
- Interessenkollision** 2, 29, 30; 3, 41, 61; 5, 46
- Interessenkonflikt, Aufklärung (*siehe Anlageberatung*)
  - schwerwiegender Interessenkonflikt 5, 46 ff.
- Interessenkoinzidenz** 1, 36, 58; 2, 28
- Interessenunterordnung** (*siehe Subordinationsvertrag*)
- Insolvenz**
- Verlagerung des Insolvenzrisikos 3, 124; 5, 48
  - Insolvenzverwalter als Geschäftsbesorger 2, 4
- Investitionsrisiko** (Anlagerisiko) 3, 138; 5, 34, 76, 99, 121, 122; 6, 46
- Investmentfonds**
- vereinfachter Verkaufsprospekt 4, 43
  - wesentliche Anlegerinformation 4, 43, 64
  - Kausalität (Prospektmangel) 4, 65
- invitatio ad offerendum** 4, 26
- Jahresabschlussprüfung** 4, 81
- Kapitalanlagegesetzbuch** 4, 44, 60, 68, 80, 87
- Kapitalbeschaffungskosten** (*siehe Provision*)
- Kauf(vertrag)**
- und Geschäftsbesorgung 2, 10 ff.

- Verkäufer als Geschäftsbesorger 2, 11; 3, 24, 27, 45; 6, 35, 67
- Käufer als Geschäftsbesorger 2, 14
- Wertpapierverschaffung 2, 12, 44; 3, 8, 21, 60, 64 ff., 68, 90, 126; 6, 82
- Kapitalmarkt**
  - Grauer Kapitalmarkt 3, 58, 95; 4, 5, 15, 31, 39, 42, 43, 53, 66, 80, 91
  - Organisierter Kapitalmarkt 3, 39, 40
- Kausalität**
  - Fehler Verkaufsprospekt 4, 26, 65
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (*siehe dort*)
- Koalitionsvertrag** (*siehe Interessenkoinzidenz*)
- Kommission**
  - Abgrenzung zum Wertpapierkauf 3, 75, 76
  - Einkaufskommission 3, 75
  - Geschäftsbesorgungsverhältnis 3, 79 ff., 82
- Koordinationsvertrag** 1, 36, 57
- Kreditauskunft** (*siehe Bankauskunft*)
- Kreditempfehlung** (*siehe Geschäftsbesorgung: Rat, Empfehlung*)
- Kreditgeber**
  - Bonitätsprüfung 5, 20 ff.; 6, 66, 83
  - Darlehenszweckbestimmung 6, 42 ff., 57
  - Darlehenszweck, Verfehlung 5, 45, 95 ff., 6, 26, 27, 29, 38, 46, 49, 52, 53, 60, 62, 66, 68, 69 ff., 73
  - Doppelagent 3, 62, 78; 5, 31
  - Geschäftsbesorger 5, 22, 26; 6, 17 ff., 30 ff., 43 ff., 65
  - Finanzierungsberatung 5, 27
  - institutionalisiertes Zusammenwirken 5, 53 ff., 80, 120
  - Kreditempfehlung 6, 30 ff., 36 ff., 65
  - Rollenüberschreitung 5, 21, 35, 42, 43, 99 ff., 6, 7, 11, 17 ff., 31 ff., 39, 42
  - Sicherungsinteresse 6, 23, 44
  - überteuerter Kaufpreis 5, 62, 63, 64, 66; 6, 47, 62
  - Vermeidung persönlichen Kontakts 5, 38; 6, 62
  - Viererkanon (*siehe Bankenhaftung*)
- Vorrang Kundeninteresse 5, 29, 30; 6, 40
- Wechseldiskont 6, 28
- Wissensvorsprung 5, 49 ff., 105; 6, 55, 56
- Wissensvorsprung, Vermutung 5, 60 ff., 67; 6, 63
- Zurechnung (Vermittler) 5, 32, 65, 77 ff., 83, 94, 95; 6, 15, 19, 46, 53, 54, 57, 61
- Kreditvertrag** (*siehe auch Verbraucher-kredit*)
  - Austauschzweck 5, 12, 16, 20, 21; 6, 22, 23, 31, 46, 65
  - Idealkredit 5, 28
  - Kombinationskredit 5, 27
  - Ratenkredit 5, 24, 26
  - Realkreditvertrag (*siehe dort*)
  - Restschuldversicherung 5, 27, 31
  - Umschuldungskredit 5, 28, 30
  - Vorausdarlehen 5, 29; 6, 45
- Lehman-Urteile** 3, 7, 35, 67, 68
- Leistungsbegriff** 3, 13
- Leistungsanspruch** (Erwerbsanspruch) 3, 12 ff.
- Leistungsinteresse** (*siehe Erfüllungsinteresse*)
- Leistungspflicht**
  - und Schutzpflicht 3, 12, 13, 30 Fn. 60, 34
  - Hauptleistungspflicht 3, 27
  - Nebenleistungspflicht 3, 12 Fn. 11, 27
- Makler** 2, 57; 3, 50, 60, 87, 105, 111; 5, 38
  - als Dritter iSv § 123 Abs. 2 BGB 3, 159, 167, 168, 169
- Mandat** (*siehe Auftrag*)
  - honoriertes 1, 17, 22
  - Ehrensold 1, 19
- Marktbezug** (Prospekt) 4, 72
- MiFiD** (*siehe Finanzmarkttrichtlinie*)
- Mietpool** 5, 42, 45, 48, 50, 51
- Mietvertrag**
  - Sklaven 1, 20, 54
  - Vermieter als Geschäftsbesorger 2, 19
- Mittelverwendungskontrolle** 4, 83, 118, 123, 138 ff.

- Nachforschung** (Nachfrage) 2, 46
- Anlageberater 3, 57
  - Informationsquelle 3, 51
  - Kreditgeber 5, 24, 26, 30; 6, 46, 66
  - Verkäufer 3, 45
  - Wertpapierhandel 2, 58; 3, 58
- neminem laedere** 3, 18
- negatives Interesse** (siehe *Integritätsinteresse*)
- Offenkundigkeit** 3, 94
- OLG-Vertretungsänderungsgesetz** 6, 5
- Pflichtenkongruenz** 3, 150, 153, 154
- Pflichtenkreistheorie** 3, 137, 155, 156; 5, 32, 65 ff., 122; 6, 16, 18, 54 Fn. 75, 58
- positive Vertrags- oder Forderungsverletzung** 2, 38, 53; 3, 11, 13
- Produktinformationsblatt** (siehe *Informationsblatt*)
- Prospektbegriff**
- formeller 4, 62 Fn. 80, 70
  - bürgerlichrechtlicher 4, 73, 85
- Prospektgarant**
- Einzelverantwortung 4, 92
  - Gesamtprospektverantwortung 4, 71, 79, 82, 83, 86, 91
  - Kreditinstitut 4, 82, 83; 6, 61
- Prospektgutachten** (Prospektgutachter) 4, 68, 77, 87, 95, 106
- „Gebrauchmachen“ 4, 109, 111
  - Geschäftsbesorger 4, 93
- Prospekthaftung**
- Durchgriff(shaftung) (siehe auch *Trennungsprinzip, Gesellschaftsrecht*) 4, 20, 23, 29, 30, 49, 53
  - Geschäftsbesorger (Herausgeber, Gutachter) 4, 24 ff., 93
  - Hintermann (Urheber) 4, 12, 15, 21, 30, 35, 49, 53, 57, 85, 103
  - im engeren Sinne 3, 2; 4, 1, 25 Fn. 33, 75, 85, 90, 111, 116, 117; 6, 78
  - im weiteren Sinne 3, 2; 4, 25 Fn. 33, 73, 110 Fn. 146, 122
  - invitatio ad offerendum 4, 26
  - Prospekterlasser 4, 15, 52, 80, 82, 83, 84
  - Prospektveranlasser 4, 15, 31, 50, 81, 90, 120
- Prospekthaftung, bürgerlichrechtliche**
- Abgrenzung (gesetzliche Prospekthaftung) 4, 68
  - Anspruchskonkurrenz (Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter) 4, 97, 102
  - Anwendungsbereich 4, 66 ff.
  - Fiktion (Vertrauen) 4, 19, 20
  - Haftung für Prospekterklärung 4, 31, 71, 80, 88 ff., 94
  - Haftungsadressaten 4, 11 (1. Reihe), 12, 29 (2. Reihe), 13, 19, 31 (3. Reihe)
  - Herausbildung 4, 9 ff., 14 ff., 39
  - Leitentscheidung 4, 11
  - prospektfreie Platzierung 4, 69, 72
  - Verjährung 4, 95, 99, 120
  - Vertrauenshaftung 4, 15, 17, 19, 24, 29, 103, 111
- Prospekthaftung, spezialgesetzliche**
- abschließende Regelung 4, 68, 71, 80, 86, 91
  - fehlender Prospekt 4, 59 ff.
  - fehlerhafter Prospekt 4, 55 ff., 122
  - Geschäftsbesorgung 4, 28
  - Kausalitätsvermutung 4, 65
  - Schutzlücke 4, 74, 86, 92
  - Verjährung 4, 121
- Prospekthaftungsadressaten**
- Anbieter (Verschuldenshaftung) 4, 62
  - Emittent (für fehlenden Prospekt) 4, 61
  - Erlasser, Veranlasser 4, 46, 49, 52
  - Großaktionär 4, 50
  - Konzernmuttergesellschaft 4, 50, 52
  - Treuhandkommanditist 4, 120
- Provision** (siehe auch *Informationspflicht*)
- falsche Prospektangabe 4, 118, 122
  - freier Anlageberater 3, 71
  - Innenprovision (siehe dort)
  - Platzierungsprovision 3, 65, 75, 77, 83
  - Prospektspflicht 3, 54
  - Vermittlungsprovision (Immobilienanlage) 3, 33
  - Vermittler 3, 50
  - versteckte Vertriebskosten 3, 78

- Publikums AIF** 3, 128; 4, 63, 87
- Publikumsgesellschaft** 4, 8, 30, 84, 98, 114; 6, 37, 39
- Gründungsgesellschafter 3, 170 ff.
  - Kapitalerhaltung 4, 10 Fn. 5
  - Kapitalinformationshaftung 4, 10
  - Treuhandkommanditist 4, 114, 122, 130, 141
  - Treuhandmodell 3, 131
  - Treuhänder (Doppelrolle) 4, 123
- Realkontrakt** (*siehe Geschäftsbesorgung*)
- Realkreditvertrag**
- Sperrwirkung für Verbundregeln 5, 56, 67, 75, 83, 118; 6, 10
  - teleologische Reduktion der Sperre 5, 119, 124
- Recht(stheorie)**
- rechtlich geschützte Willensmacht 1, 13, 55; 2, 5
  - rechtlich geschützte Interessen 1, 13, 55; 3, 20, 29 Fn. 59; 4, 24; 6, 33
- Rechtskreis (Geschäftsherr)** 2, 5
- Einwirkung auf 3, 38 ff.
- Rechtsanwalt**
- Prospektgarant 4, 13, 89 ff.
  - Treuhänder 4, 112, 132
- Rechtsformmissbrauch** 4, 30, 48
- Richterliche Rechtsfortbildung** 4, 14, 25, 29, 30, 66
- Rückforderungsdurchgriff** 5, 72, 117
- Rückvergütung** (kick-back) 3, 7, 33, 61, 62, 68, 73; 6, 62
- Abgrenzung zur Innenprovision (BGH) 3, 77
  - Restschuldversicherung 5, 31
- Sachverständiger** (*siehe Experte*)
- Schadensersatz(-anspruch)**
- Schadensprävention 6, 16, 80
  - unterlassene Widerrufsbelehrung 5, 121 ff.
  - Vermögensschaden 3, 39, 187
  - Zeichnungsschaden 4, 112, 146, 148
- Schmiergeld** 3, 62
- Schrottimmobilien** 3, 137, 155
- Schuldrechtsmodernisierung (sgesetz)** 1, 11; 2, 11; 3, 10, 36, 162; 5, 12 Fn. 11, 120; 6, 2, 4, 5
- Schutzzweck**
- Beratungsvertrag 3, 7, 31, 34, 38
  - Schutzzwecklehren (objektives Recht) 3, 20
  - Verbotsnorm 5, 113
  - Verfehlung 3, 61
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 4, 96, 101, 139, 142, 147
- Schutzpflicht** (*siehe auch Gefahrenabwehr*) 1, 70
- deliktische 3, 14
  - keine Nebenleistungspflicht 3, 12, 30
  - Korrelat der Geschäftsbesorgungsmacht 2, 38; 3, 56
  - Pflichtenkonkurrenz (Beratungs- und Kommissionsvertrag) 3, 80
  - Pflichtenkongruenz 3, 154
  - relative Schutzpflichten 3, 11 ff., 31, 36
  - unentwickelte Pflicht 3, 31, 36
  - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 4, 100, 142
- Sicherungszweck** 6, 6 Fn. 8, 23, 44
- Sittenwidrigkeit**
- Übervorteilung 5, 51; 6, 16, 47, 63, 64, 70
  - Überteuerung (Kaufpreis) 5, 51, 62
  - Verkürzungsanfechtung 5, 51 Fn. 84
  - Vermutung des Wissensvorsprungs 5, 62
  - vorsätzlich sittenwidrige Schädigung 3, 91; 4, 74, 127; 5, 45, 47, 58; 6, 16, 37, 47, 56
- Sperrwirkung** (*siehe Realkreditvertrag*)
- Strukturvertrieb** 3, 53, 86, 93 ff., 139, 181, 187; 5, 38, 112, 115; 6, 14
- Subordination(svertrag)** 1, 35 ff., 46 ff., 52, 56 ff., 61, 62; 2, 27, 29, 40
- Synallagma** (*siehe auch Vertrag, gegenseitiger*)
- Geschäftsbesorgung 5, 10
  - hinkendes 1, 36, 61
  - Störung, funktionelles S. 5, 88, 89, 91, 92
- Täuschung** (*siehe arglistige Täuschung*)
- Testamentsvollstrecker** (Geschäftsbesorger) 2, 4, 9

- Transaktionskosten** 3, 34
- Trennungstheorie**
- Immobilienanlagen (*siehe Pflichtenkreistheorie*)
  - Geschäftsbesorgung (*siehe dort*)
  - Gesellschaftsrecht 4, 29
- Treu und Glauben** 1, 13, 44, 70; 2, 17, 19, 20, 40; 3, 17, 41, 42, 73, 74, 163; 4, 20, 24, 134; 5, 6, 8, 15 ff., 27, 32, 40, 56, 86, 88, 89, 92, 99, 101, 103; 6, 11, 55, 78, 82
- Treuhandmodell** (*siehe Publikums-gesellschaft*)
- Treuhandkommanditist** (*siehe Publikums-gesellschaft*)
- Überteuerter Kaufpreis** (*siehe Kreditgeber*)
- Übervorteilen** 1, 20, 21; 6, 63, 64
- Universalbankenprinzip** 3, 70
- Verbotsgesetz** 5, 113
- Verbraucherkreditreform** 5, 7, 19 ff., 56, 84, 108 ff., 112, 120
- Verbraucherkreditrichtlinie (1986)** 5, 14, 84, 108, 109
- Verbraucherkreditrichtlinie (2008)** 5, 2  
Fn. 1, 14, 22; 6, 1 Fn. 2, 77, 81
- Verbraucherkreditvertrag**
- Bonitätsprüfung 5, 20 ff.
  - Erläuterung 5, 14, 25, 26
  - Konsumkreditgesetz (Schweiz) 5, 24
  - Standardinformation 5, 14, 26
  - verbundenes Geschäft 6, 5 ff.
- Verbraucherschutz** 5, 54, 58, 113; 6, 11 ff., 14, 15
- Effektivierung 5, 54, 56, 63; 6, 14, 15
  - Schutzlücken 5, 109 ff., 114, 117
- Verbraucherwiderruf** (*siehe Haustür-geschäft*)
- Verbundgeschäft**
- Grundstücksgeschäft 6, 4 ff.
  - Zurechnung (Vermittler) 5, 94 ff.
- Verhandlungsvollmacht** 3, 109
- Verjährung** (*siehe Prospekthaftung*)
- Verkaufsprospekt** (*siehe Prospekthaftung, Wertpapierhandel*)
- Vermittler** (*siehe Anlagevermittler*)
- Vermögensanlagengesetz** 3, 5, 54; 4, 2, 31, 33, 42, 63
- Vermögensanlagen-Informationsblatt** (*siehe Informationsblatt*)
- Vermögensverwalter** 2, 44; 3, 49
- Versendungskauf** (Geschäftsbesorgung) 2, 11
- Versicherungsvertreter** (Verhandlungsgehilfe) 3, 138, 168
- Vertrag, gegenseitiger** (*siehe auch Austauschzweck*) 1, 21, 22, 54, 55, 58, 61; 5, 10, 16, 20; 6, 21, 65
- Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte** 4, 94, 100 ff.
- Anspruchskonkurrenz (Prospekthaftung) 4, 97, 99
  - Kausalität (Prospektgutachten) 4, 107, 109, 111
  - Schutzbedürftigkeit 4, 102, 104, 134, 136
  - Vertragsauslegung 4, 96, 101, 109, 134, 136
- Vertrag zugunsten Dritter** 4, 145
- Vertrauen**
- graduelle Abstufung 4, 103
  - persönliches (konkretes) 1, 17; 3, 91, 112, 130; 4, 11, 17, 92, 102, 103, 111; 5, 17
  - typisiertes (abstraktes) 4, 11, 14, 18, 19, 24, 26, 92, 103, 111; 6, 78
- Vertrauenshaftung** 1, 6, 13; 3, 17 ff., 123, 1247 ff; 6, 78
- Fiktion 4, 19
- Vertreterereignishaftung** 3, 91, 112, 123; 4, 11
- Vertriebsbindungsvertrag** 2, 8; 3, 27
- Vertriebsvergütung** (*siehe Provision*)
- Viererkanon** (*siehe Bankenhaftung*)
- Vollharmonisierung** 5, 22; 6, 1, 48, 82
- Wechseldiskont** 6, 28
- Wertpapierhandel**
- Aufsichtsrecht 2, 30, 58; 3, 58, 59; 4, 40, 126 ff., 137; 5, 23
  - best execution 3, 59
  - Eigengeschäft 3, 65, 66, 72, 81, 100
  - Handelsspanne 3, 7, 64 ff., 71, 72
  - Kauf oder Kommission 3, 75 ff., 79 ff.

- Konkretisierung zivilrechtlicher Sorgfalt 2, 30, 36; 3, 59; 4, 43
- Vertriebsvergütung 3, 65, 67, 72, 75, 77, 78, 83
- Zulassungsprospekt (*siehe Börsenprospekt*)
- Wettbewerbsverbot** (vertragliches)
  - Unterwerfungserklärung 3, 27
- Wirtschaftsprüfer**
  - Prospektgarant 4, 13, 81, 97, 108
  - Mittelverwendungskontrolleur 4, 141, 145
  - Treuhänder 4, 112, 132
- Wissensvorsprung** (*siehe Kreditgeber*)
- Wohlverhalten(spflicht)**
  - Kreditgeschäft 5, 14, 18; 6, 20, 48, 82
  - Wertpapierhandel 2, 12, 30; 3, 58, 70
- Wohnimmobilienkreditrichtlinie** 5, 2, 23, 25 Fn. 43; 6, 1, 16, 20, 48, 81
- Zahlungsdienstevertrag** 2, 8, 36
- Zertifikate** 3, 7, 8, 35, 64 ff., 75 ff.
- Zinsdifferenzgeschäft** 3, 138
- Zinswette** 3, 73
- Zweite Kommission (BGB)** 1, 26, 28, 34; 2, 27